Nr. 141. Halle a. S., Freitag den 20. Juni 1902 13. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1,66 Mk. exkl. Postgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh-bar, kostet monatlich 10 Pf. vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

# Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Wohnungs-, Partei-u. Vereinsanzeigen und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.

Inserate für die tägliche Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungs-Liste unter Nr. 7808

Redaktion: Geiststr. 21. Hof 2 Tr. Expedition Geiststr. 21. Hof part. r

## Bairische und hessische Wahlreform.

Der Parteitag in Ludwigshafen hat der Kammerfraktion mit großer Mehrheit sein Vertrauen ausgesprochen. Das war selbstverständlich. Niemand hat daran gezweifelt, daß die Haltung unserer Genossen im bairischen Landtage lediglich von dem Wunsche diktiert war, das Beste für das Proletariat zu erreichen. Das schließt natürlich nicht aus, daß ihre Haltung ein Fehler gewesen sein kann. Uns haben die Debatten in Ludwigshafen nicht davon zu überzeugen vermocht, daß die Zustimmung zu der Resolution ein Fehler nicht gewesen ist. Ganz abgesehen von der prinzipiellen Seite war sie nach unserer Ansicht ein taktischer Fehler schwerster Art. Die Fraktion hat durch ihre Zustimmung einfach alle Trümpfe aus der Hand gegeben und sich die Möglichkeit genommen, nicht nur durch die Agitation unter den Massen, sondern auch im Parlament selbst die Wahlreform vorwärts zu treiben und im Sinne unseres Programms zu beeinflussen. Das war auch zweifellos das Gefühl der Mehrheit, die die Vertrauensresolution votierte, denn es wird darin ausdrücklich die Erwartung ausgesprochen, „daß die Fraktion alles aufbieten werde, um von unseren Forderungen an ein gerechtes Wahlrecht so viel durchzusetzen, als unter den gegebenen Wahlverhältnissen immer zu erreichen ist".

Wir zweifeln nicht, daß die Landtagsfraktion dieser Aufforderung nachkommen wird. Die Debatten vor und auf dem Parteitag müssen sie überzeugt haben, daß in den letzten Sätzen der Resolution der Gesamtwille der Partei zum Ausdruck kommt. Es scheint das von den bairischen Parteigenossen nicht immer beachtet worden zu sein. Die Kritik der Genossen Bebel und Parvus war sehr sachlich gehalten und doch hat sowohl die Münchener Post, wie auch die Genossen Müller und Vollmar auf dem Parteitage selbst einen arg unsachlichen Ton angeschlagen. Zumal der letztere hat nach unserem Dafürhalten durch die prononcierte Art, wie er die Parteigenossen vor das Entweder—Oder stellte, wenig klug gehandelt. Aeußerungen, wie: Das Prinzip hochhalten kann jeder, der nichts gelernt hat, dazu gehört gar nichts, können Anspruch auf Sachlichkeit nicht erheben und erwecken auch nicht den Eindruck, als sei derjenige, der sie thue, von der Festigkeit seiner Position sonderlich überzeugt.

Nach einem Telegramm bürgerlicher Blätter haben wir gestern mitgeteilt, daß die zweite hessische Kammer die Einführung des direkten Wahlrechts im Prinzip mit 40 gegen 5 Stimmen beschlossen hat. Dafür stimmten auch die sozialdemokratischen Vertreter. Hätte die Frankfurter Volksstimme recht, dann hätte die so gerügte Haltung der bairischen Parteigenossen in Hessen eine zweite, verschlimmerte Auflage erfahren. Unser Frankfurter Parteiorgan kommentiert die Abstimmung nämlich folgendermaßen:

„Es sei hierzu vorläufig bemerkt, daß diese Vorlage in ihrer jetzt beschlossenen Fassung noch bedeutend ungünstigere Bestimmungen enthält, als sie von der bairischen Wahlreform-Kommission in der betreffenden Resolution für das künftige bairische Landtagswahlgesetz vorgesehen sind. Abgesehen davon, daß das Alter für die Wahlberechtigung ebenfalls auf das 25. Lebensjahr festgesetzt ist, und daß die Bestimmung über die Steuerzahlung eingefügt ward, was laut dem vorliegenden Bericht auch von dem Genossen David beklagt wurde, besteht vor allem der Mangel, daß die Wahlkreis-Einteilung nicht auf einer allgemein festgesetzten Bevölkerungszahl basiert, sondern lediglich die paar Städte einige Abgeordnete mehr erhalten sollen. Von einer Gleichheit des Wahlrechts aller Wähler kann somit keine Rede sein. Unterdem wurde noch die Verschlechterung eingefügt, daß der Wähler mindestens drei Jahre im Besitze des hessischen Staatsbürgerrechtes sein muß. Aus dem gedrängten Bericht ist nicht zu ersehen, welche gewichtigen Gründe unsere Genossen demgegenüber dennoch bewogen, der Vorlage ihre Zustimmung zu erteilen; wir enthalten uns daher zunächst einer weiteren Besprechung."

Damit hat die Frankfurter Volksstimme recht klug daran gethan, denn so sehr sie auch die Vorgänge in Hessen aus nächster Nähe beobachten kann, so wenig informiert zeigt sie sich. Bei der Abstimmung in der hessischen Kammer hat es sich lediglich um den § 4 des Gesetzentwurfs, der die direkte Stimmenabgabe vorsieht, gehandelt, das ist auch sehr wohl aus den gedrängten Bericht der Frankfurter Volksstimme zu ersehen. Daß unsere Fraktion dafür stimmen mußte, ist selbstverständlich. Ueber das Gesetz selbst findet die Spezialdiskussion erst in diesen Tagen statt. Welche Haltung unsere Fraktion bei der Schlußabstimmung einnehmen wird, läßt sich heute natürlich noch nicht sagen. Es kommt das darauf an, wie die Vorlage schließlich aussehen wird. Vorläufig bezeichnet das Offenbacher Abendblatt eine Anzahl von Bestimmungen der Vorlage für unannehmbar.

## Tagesgeschichte.

Halle, 19. Juni.

### Preußischer Landtag.

Das Herrenhaus nahm am Mittwoch nach langer Debatte das Ausführungsgesetz zum Fleischbeschaugesetz in der Fassung, die es durch die agrarischen Beschlüsse des Abgeordnetenhauses erhalten hat, an. Es wird also die städtefeindliche Bestimmung Gesetz, daß bereits einmal tierärztlich untersuchtes Fleisch nur dann nochmals in einem städtischen Schlachthofe untersucht werden darf, wenn es auf dem Transport vom Lande in die Stadt in den Verdacht der Verdorbenheit geraten ist.

Die Oberbürgermeister machten, mit einem reichhaltigen Material versehen, lebhaft gegen diese Bestimmung Opposition. Vor allem die Oberbürgermeister Becker-Köln, Schneider-Magdeburg und Bender-Breslau wiesen nach, wie gefährlich für die Volksgesundheit dieses Verbot sei. Auch der Berliner Oberbürgermeister Kirschner beteiligte sich an der Debatte und wandte sich besonders gegen den strittigen § 5. Herr Staude, der Oberbürgermeister von Halle, hat auch in dieser schwerwiegenden Frage das Wort nicht genommen.

Die Regierung half sich aus dieser nicht gerade angenehmen Lage, so gut es ging. Herr v. Rheinbaben erklärte, die Zeit bis zum Inkrafttreten dieses Paragraphen — 1. Oktober 1904 — soll zu einer Aenderung des Schlachthofgesetzes benutzt werden, in der die den Städten erwachsenden Schäden wieder ausgeglichen werden sollen. Eine eigenartige Gesetzgebung, die eine als schädlich erkannte Maßnahme acceptiert, in der Annahme, sie später vielleicht wieder unschädlich machen zu können.

Am Nachmittag fand dann die übliche Schlußsitzung beider Häuser des Landtages statt. Graf Bülow verlas die königliche Botschaft, die den Schluß des Landtages verfügte. Die Mitglieder beider Häuser hatten sich zu diesem Akt nur spärlich eingefunden.

**An der russischen Grenze.** Genosse Bebel brachte im Februar d. Js. im Reichstag den bekannten Fall zur Sprache, daß eine 60jährige alte Frau aus Nimmersatt von den russischen Behörden in Polangen in Haft genommen war, um von ihr Zeugenaussagen gegen lettische Revolutionäre auszupressen. Noch bis heutigen Tages schmachtet die alte Frau, trotz aller Versicherungen der Regierung im Reichstag, daß die Untersuchung bald abgeschlossen sei, in dem Gefängnis von Libau. Bei jener Gelegenheit führte Bebel auch aus, ihm sei zu Ohren gekommen, daß die russische Gendarmerie sich nicht scheue, auf deutschem Boden ihre Treibereien fortzusetzen. Der Herr Staatssekretär verneinte dies damals auf das entschiedenste. Es dürfte jedoch angebracht sein, daß er ein genaueres Augenmerk der Sache zuwendet. Der Arbeiterbund in Litauen und Polen giebt bekannt, daß vor kurzem russische Gendarmen in russischer Uniform in der Begleitung eines deutschen Gendarmen in einer Reihe von Restaurationen und Einkaufen in Bajoren bei Memel Haussuchungen vorgenommen hätten. Man soll noch unerlaubten russischen Schriften gefahndet haben. Es ist Sache der deutschen Behörde, in dieser Affaire Untersuchungen anzustellen und Aufklärung zu schaffen.

**Für die Kriegervereine** hat Wilhelm II. in Bonn nachdrücklich Propaganda gemacht. Er hat nach der Parade der Königshusaren eine große Rede gehalten, die mit folgender Aufforderung schloß:

„Die Kriegervereine sind die Stütze meiner Armee und ich habe nur den einen Wunsch, daß Ihr alle, wenn auch Ihr die Uniform ausgezogen habt, als **Mitglieder der Kriegervereine** treue Unterthanen bleiben werdet."

Die Kriegervereine werden über diese Aufforderung Wilhelm II. zweifellos sehr erfreut sein. Ob sie großen Erfolg haben wird, ist eine andere Frage. Die Ansichten der aufgeklärten Arbeiter über den Wert und die Bedeutung der Kriegervereine sind zu abgeklärt, als daß sie sich durch solche Aufforderungen noch ändern könnten. Die Subalternbeamten und anderen abhängigen Elemente müssen, ob sie wollen oder nicht, heute schon den Kriegervereinen angehören.

**Ueber einen Burentreck von erheblichem Umfange nach Deutsch-Südwest-Afrika** war in der Alldeutschen Presse viel Aufhebens gemacht worden. Jetzt stellt der Distriktschef von Warmbad fest, daß seit Ende Mai vorigen Jahres 36 Familien mit 313 Köpfen sich im Schutzgebiete niedergelassen. Von weiteren Nachzügen ist nichts bekannt.

---

69] (Nachdr. verb.)

## Um die Freiheit.

Geschichtlicher Roman aus dem Deutschen Bauernkrieg 1525 von Robert Schweichel.

Dem Dietrich von Weiler, der, durch die Straßen reitend, die Bürger anzufeuern suchte, fielen die Weiber in die Zügel und beschworen ihn, den Widerstand, der sie alle ins Verderben stürzen mußte, aufzugeben. Die Männer riefen, man solle die Stadt gegen Zusicherung des Lebens übergeben, und da die Ritter hiervon nichts wissen wollten, wurden sie gewaltsam von den Mauern heruntergerissen. Den Hans Dietrich von Wintersteten, der eben einen Bauern erschossen hatte, drohten sie mit dem Tode, wenn er nicht von der Mauer herunterkäme.

Der Graf von Helfenstein, der die Verteidigung gegen Jörg Metzler leitete, sah ein, daß unter solchen Umständen ein längerer Widerstand unmöglich wäre. Er gab deshalb zu, daß ein Bürger, mit einem Hut auf einer Stange, zum Unterhandeln an das Unterthor geschickt wurde. „Friede! Friede!" schrie er hinaus und andere mit ihm. Ein Bauer aber schoß ihm den Hut von der Stange und Jäcklein Rohrbach, der herbeieilte, rief ihm zu, daß die Bürger am Leben bleiben sollten, die Ritter aber sterben müßten. „Schonet wenigstens des Grafen von Helfenstein", bat der Unterhändler. „Nein! er muß sterben, und wenn er von Gold wäre," rief Rohrbach wild hinauf.

Der Graf mußte es hören. Er hatte den Unterhändler begleitet und mit Grauen wandte er sich hinweg. Nun war es Zeit, an die eigene Rettung zu denken. Als er aber auf dem Markte mit den Edelleuten und Reisigen in den Sattel sich schwang, da wollte die Menge sie nicht fortlassen. Vergebens redete er zu ihr und rief: „Wo sind meine frommen Bürger itzo?" Seine Worte erstarben in dem allgemeinen Geschrei. Die Weiber jammerten und wehklagten, seine Anhänger überhäuften ihn mit Vorwürfen, daß er sie in der Brühe stecken lassen wolle. Andere verwünschten ihn; denn durch ihn sei die Stadt ins Unglück gekommen und es sei jetzt keine Zeit zum Entfliehen. Schon war es auch zu spät dazu. Ein wildes Siegesgeschrei vom Unterthor verkündete, daß die Bauern in die Stadt gedrungen waren. Die Ritter ließen ihre Pferde und flüchteten mit den Knechten in die Kirche, wo sie sich verbarrikadierten. Ein Priester wies den Edelleuten eine verborgene schmale Wendeltreppe zum Turm hinauf. Von den Knechten und Reiterknaben verbargen sich manche in den Grabgewölben; einige retteten sich in die Bürgerhäuser und wurden von mitleidigen Frauen versteckt und später in mancherlei Verkleidungen aus der Stadt geschafft. Zwei Ritter, die in ihren schweren Rüstungen nicht schnell genug fortkonnten, wurden von den Bauern, die inzwischen das Ausfallpförtlein erbrochen hatten, auf dem Kirchhofe erschlagen.

Jäcklein Rohrbach stürmte mit seiner Schar die Spitalgasse herauf. „In die Häuser und haltet Euch eingeschlossen, wenn Euch Euer Leben lieb ist," riefen sie den Bürgern zu, die totenbleich auf ihre Knie fielen. Gleich der wilden Jagd stürmten die Bauern vorüber, Jäcklein Rohrbach voran, das nackte Schwert in der Faust, seine Augen waren mit Blut unterlaufen, sein rötlicher Bart schien sich zu sträuben. Als sie auf dem Markt die verlassenen Pferde fanden, fegten sie nach der Kirche hinauf, während durch das obere Thor, zu dem die Frauen der Schlüssel sich bemächtigt hatten, Jörg Metzler mit dem Haupttheer eindrang.

In entfesselter Leidenschaft umtobte die Masse die Kirche. Durch das Gelärm drangen die Axthiebe, denen die Kirchenthür nicht lange zu widerstehen vermochte. Mit gefällten Spießen drangen die Bauern ein und stachen alle nieder, die sie hier fanden. Auch in die Gruft stiegen sie, erstachen die Versteckten, brachen die Särge auf und plünderten sie. Inzwischen hatte Semmelhans, der mit anderen von der Burg in die Stadt gekommen war, die Schnecke entdeckt. Die Kirche widerhallte von dem triumphierenden Gejauchze und jeder wollte die Treppe hinan, die so schmal war, daß auf ihr nicht zwei Personen nebeneinander Platz hatten. Semmelhans sprang als der erste lustig hinauf. Da traf ihn das Schwert Jakobs von Bernhausen, des Vogts von Göppingen Sohn. Jählings stürzte er rückwärts, ehe noch der junge Ritter sein Schwert zurückziehen konnte, riß die folgenden mit sich und verstopfte so auf eine kleine Weile den Aufstieg.

Dietrich von Weiler benutzte sie, trat auf den Kranz des Turmes und rief in die Stille, die sein Erscheinen verursachte, daß sie sich ergeben und 30 000 Gulden Lösegeld zahlen wollten, wenn man ihnen das Leben ließe. „Ihr müßt sterben!" — „Und wenn Ihr uns eine Tonne Goldes gebt, der Graf und alle Ritter müssen sterben!" — „Rache für das Blut unserer Brüder!" — „Rache für die Siebentausend von Wurzach, Rache, Rache!" So heulte es ihm entgegen und der Bolzen einer Armbrust traf ihn tödlich in den Hals. Er taumelte zurück, fast in die Arme der Bauern, die während dessen die Stiege erklommen hatten. Sie ergriffen den Sterbenden und warfen ihn auf den Kirchhof hinunter, wo er von Siebzen aufgefangen wurde. Den Forstmeister Leonhard Schmelz ereilte dasselbe Schicksal. Der Sohn Dietrichs von Weiler erkannte von einem Bauern aus Frankenheim sein Leben um zehn Goldstücke, als er sich aber wandte, schlug ihn dieser mit seinem Handrohr von hinten nieder. Jörg Metzler, der mit dem langen Liuhart auf den Kirchhof sprengte, that dem Morden Einhalt. Die Ritter wurden mit Stricken gebunden und nach dem nächsten Stadtturm ins Gefängnis geführt. Da Jäcklein Rohrbach sie gefangen genommen hatte, so blieben sie in seiner Hut. Wie sie über den Kirchhof geführt wurden, erhielt der Graf von Helfenstein einen Lanzenstich in die Weiche und ein anderer einen Schlag über den Kopf, so daß er blutete.

Die Eroberung von Burg und Stadt hatte kaum eine Stunde Zeit erfordert. Die Gräfin von Helfenstein, bereits zum Osterfeste geschmückt, hatte sich mit dem Kinde und ihren Frauenzimmern in die Burgkapelle geflüchtet, als die Schwarze Schar das Schloß erstürmte. Das Gekreisch der Frauen lockte Florian Geyer herbei, der die Gräfin suchte, um sie zu beschützen. Etliche von seiner Schaar, die sich bereits plündernd im Schlosse verbreitete, waren in die Kapelle gedrungen, hatten die einen die heiligen Geräte, die anderen die gesticke Altardecke an sich gerissen, den Priester, der ihnen wehren wollte, gewaltsam von den Stufen geftoßen.

Bleich, doch stolz trat die Gräfin Herrn Florian entgegen. „Ich bin Eure Gefangene," sagte sie, und er versetzte, indem er sich vor ihr verneigte: „Ihr irret, edle Frau, wir führen nur mit Männern Krieg. Ihr seid frei, doch bitte ich Euch, wollet Euch in Euer Gemach begeben; eine Wache wird für Eure Sicherheit sorgen. Das Schloß und was darin ist, gehört nach Kriegsrecht meinen Leuten."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020620-11/fragment/page=0001

**Der Verfasser des Tuckerbriefes,** der bei den Reichstagsverhandlungen über Dr. Peters im März 1896 eine Rolle spielte, soll nach der Tägl. Rundschau jetzt Dr. Peters bekannt geworden sein und habe derselbe gegen diesen Verfasser bereits die Verleumdungsklage angestrengt. Genannt wird der Name des Verfassers in dem Artikel der Tägl. Rundschau nicht.

**Von dem Nationalsozialen August Schacht,** der bis vor kurzem freisinniger Redakteur gewesen, hatte die Freisinnige Zeitung Dinge behauptet, die ein häßliches Licht auf seinen Charakter werfen mußten. Schacht verklagte das Blatt, hat aber keinen Erfolg damit gehabt; die Freisinnige Zeitung ist freigesprochen worden.

**Erhebliche Personalveränderungen** stehen nach der Mannh. Volksst. in der badischen Fabrikinspektion bevor. Der hochverdiente Vorstand derselben, Geh. Ober-Regierungsrat Dr. Wörishofer, der schon seit geraumer Zeit schwer leidend ist, beabsichtigt, in den Ruhestand zu treten. Ein weiteres Mitglied der Fabrikinspektion wird zur Uebernahme der zur Entlastung der Fabrikinspektion neu errichteten Stelle eines maschinentechnischen Referenten in das Ministerium des Innern übertreten, und auch Fräulein Dr. v. Richthofen, welche sich mit einem Heidelberger Privatdozenten verlobt hat, wird aus der Fabrikinspektion austreten. Der gleichzeitige Weggang von Dr. Wörishofer und Frl. Dr. v. Richthofen, so bemerkt dazu die Volksst., würde für die badische Fabrikinspektion einen Verlust bedeuten, der wohl nur schwer wieder ausgeglichen werden könnte.

**Damit die Autorität des Sodahundes** nachdrücklich geschützt werde, macht die Nordd. Allgem. Zeitung die Richter scharf. Sie spricht die Erwartung aus, daß sich „die Juristen nicht durch die Agitation der Interessenten beeinflussen lassen, nach dem Inkrafttreten dieses Verbotes gegen etwaige Uebertreter desselben von den unvermeidlichen, empfindlichen Strafen" abzusehen. „Gerade weil es nicht schwer ist, heißt es dann weiter, für jede strittige Ansicht Sachverständige zur Vertretung Angeklagter zu finden, haben sich die allgemeinen Strafvorschriften im § 12 des Nahrungsmittel-Gesetzes als unzulänglich erwiesen, und ist man dazu übergegangen, die Einheitlichkeit der Rechtsprechung durch Verbote zu sichern. Weder Gerichtsverhandlungen noch Artikel in der Tagespresse sind geeignet, wissenschaftliche Fragen zu entscheiden, dazu sind unbeeinflußte Kollegien von hervorragenden Fachmännern mit wissenschaftlichen Erfahrungen auf den einschlägigen Sondergebieten berufen. Indem die verbündeten Regierungen sich durch wohlbegründete Gutachten ihrer unbefangenen und durch äußere Interessen nicht beeinflußten Fachmänner haben leiten lassen, haben sie dem Gemeinwohl sicherlich einen Dienst erwiesen und werden sich hierin, soweit wir unterrichtet sind, durch keinerlei Agitation beirren lassen."

Die Nordd. Allg. Ztg. sucht vergessen zu machen, daß gerade die bedeutendsten wissenschaftlichen Fachmänner auf dem Gebiete der Giftlehre, so in Berlin die Professoren DDr. Liebreich und Lewin die Giftigkeit der Borsäure bestreiten und sich dabei nicht nur auf den Sodahund des Reichs-Gesundheitsamts stützen.

Zudem mehren sich die Stimmen derer, die die Unschädlichkeit der Borsäure am eigenen Leibe erprobt haben. So berichtet der Chemiker Paul Ruben in der Chemiker-Zeitung vom 4. ds., „daß er volle zwei Jahre lang täglich viermal einen halben Gramm Borsäure in Milch gelöst — also jeden Tag im ganzen 2 Gramm — genossen habe, ohne irgend welche Nachteile jemals zu bemerken. Sämtliche Fleischwaren in einem Haushalte von fünf Personen im Alter von 54, 50, 28, 25 und 20 Jahren wurden über ein Jahr mit einem Konservensalz behandelt, das einen Gehalt von 50 Prozent Borsäure besitzt. In der heißesten Sommerzeit blieb das Fleisch 3—8 Tage lang mit dem Salz bestreut im Keller liegen, wurde als Sauerbraten in Essig gelegt, auch roh als Schabefleisch gegessen. Mit größtem Appetit und ohne nachteilige Folgen wurden in ähnlicher Weise konservierte Hühner, Tauben und Fische verzehrt. Frische, die sechs Wochen mit dem Salz behandelt waren, zeigten vorzügliche Beschaffenheit und ein Gerichtschemiker konstatierte ihre absolute Geruchlosigkeit."

Aber alle diese Thatsachen veranlassen die „unbeeinflußten und hervorragenden" Fachmänner der Regierung nicht, ihr auf den offenbar instinktiv agrarisch gesinnten Sodahund begründetes „unbefangenes" Urteil über die Schädlichkeit der Borsäure zu ändern!

**Wegen Veröffentlichung der angeblichen Aeußerungen Wilhelm II. über die Duellfrage** war der Schriftsteller Karl Schneidt, der damals den Nörgler redigierte, angeklagt worden. Er wurde wegen Beleidigung der Leutnants v. Goßler und v. Keßler zu drei Wochen Gefängnis verurteilt.

## Ausland.

**Oestreich.** Die preußische Polenpolitik hält immer noch das östreichische Abgeordnetenhaus in Aufregung. Die vom Abgeordneten Klofac an den Ministerpräsidenten gerichtete Anfrage über die vom Grafen Bülow im Herrenhause gehaltene polenfeindliche Rede wird damit begründet, daß diese Rede eine absichtliche Aufhetzung des deutschen Elementes außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches gewesen sei. Es heißt u. a. in der Interpellation: Wenn östreichische Staatsmänner bisher zu allen aus Berlin kommenden Provokationen geschwiegen haben, nach der Rede des Grafen Bülow müssen sie reden, wenn sie durch beständiges Schweigen nicht den Schein erwecken wollen, daß Oestreich der Vasall Deutschlands ist.

Die Interpellation gab im Abgeordnetenhause Anlaß zu stürmischen Zusammenstößen der Alldeutschen und der slavischen Parteien. Am Mittwoch beantwortete der Ministerpräsident Körber die Interpellation und verteidigte dabei den deutschen Kaiser, den Grafen Bülow und die ganze preußische Polenpolitik noch wärmer, als es ein königlich preußischer Geheimrat in Bülows Diensten hätte thun können.

**Frankreich.** Die Erbschafts-Angelegenheit des Generals Bonnal hat folgende Geschichte: Bonnal hatte vor 18 Jahren eine ziemlich bedeutende Geldsumme erhalten, welche er als ein Geschenk ansah, während der Gerichtsbeschluß erklärte, diese Summe sei Bonnal lediglich zur Verwahrung gegeben mit der Verpflichtung, das Geld zurückzuzahlen. Da Bonnal dies unterließ, strengte die Mutter des minderjährigen Eigentümers der Geldsumme einen Prozeß an. Bonnal wurde zur Zurückzahlung verurteilt, welche jedoch nur ratenweise erfolgte. Vor kurzem wandte sich der inzwischen großjährig gewordene Prozeßgegner Bonnals an den Kriegsminister, welcher sich veranlaßt sah, die Angelegenheit dem Disziplinargericht vorzulegen.

Bonnal hatte vor einem Jahre bei seinem Besuch in Berlin vom deutschen Kaiser einen hohen preußischen Orden erhalten.

— **Ein großer Bankkrach steht in Paris** unmittelbar bevor. Die Caisse generale des familles wird den Bankrott ansagen müssen. Das Defizit der Kasse beläuft sich auf 25 Millionen Franken. Wie beim Zusammenbruch der Humbertschen Lebensversicherung Rente Viagere werden auch hier zahlreiche kleine Sparer hart betroffen werden.

**Belgien.** Eine neue Wahlrechtskundgebung hat anläßlich der Einweihung eines Konsumvereins in Wasnes (Borinage) stattgefunden. Nach einem Umzuge wurde eine Versammlung abgehalten, in der die Genossen Vandervelde und Defuisseaux sprachen.

**Schweiz.** Ausgewiesen wurde der Polizeispitzel Heilmann aus Kroatien, der sich in sozialdemokratische Vereine einzuschmuggeln gewußt hat, dort aber entlarvt worden ist.

**Italien.** Die Strafverfolgung verweigert hat die parlamentarische Kommission in Sachen des Abgeordneten Genossen Morgari, der anläßlich des Turiner Glasarbeiterstreiks eine Anklage erhalten hatte.

— Ein Gesinnungsgenosse Podbielskis, des ehemaligen deutschen Generalpostmeisters, scheint der italienische Minister Galimberti zu sein, der am Dienstag in der Kammer bei Beratung des Postbudgets ausführte, er werde innerhalb seines Ressorts niemals Ausstände der Postbeamten dulden, auch nicht zulassen, daß dieselben politischen Vereinen angehören, welche „mit den staatlichen Einrichtungen in Widerspruch stehen". — Ganz wie bei uns!

**Spanien.** Prozessions-Krawalle gehören jetzt in Spanien zu den fast alltäglichen Erscheinungen. So kam es Dienstag wieder in Aviles (Provinz Oviedo) bei der Feier des Antoniusfestes zu Zusammenstößen zwischen Pilgerzügen, bei denen 11 Personen durch Gewehrschüsse verwundet und 12 Verhaftungen vorgenommen wurden.

Die fromme Leute scheinen neben den Rosenkränzen auch die Schießprügel mitgenommen zu haben.

**England.** Recht pietätlos sind die Irländer. Sie wollen den armen Eduard die Freuden des schönen Krönungsfestes trüben. Die irische Liga wird in ganz Irland am Krönungstage Versammlungen veranstalten, in denen gegen die Mißregierung Irlands protestiert werden soll.

**Amerika.** Heftige Kämpfe haben in den letzten Tagen in Venezuela stattgefunden, aus denen die Truppen der Aufständischen siegreich hervorgegangen sind.

— Große Fleischkrawalle haben Ende Mai die Stadt Rio de Janeiro in Aufregung erhalten. Die Bevölkerung wehrte sich gegen die Ausbeutung durch das Fleischmonopol einer Handelsfirma, die von der Kommunalbehörde unterstützt wurde. Es kam zu förmlichen Straßenkämpfen.

**Afrika.** Die Uebergabe der Buren ist in beiden Republiken nach einer Meldung Kitcheners jetzt vollständig erfolgt. Die Polizeigewalt ist überall den Zivilbehörden wieder übergeben worden.

Ein französisches Blatt weiß zu berichten, daß der zwischen England und den südafrikanischen Republiken abgeschlossene Vertrag zwei geheime Klauseln enthält, wonach 1. am Tage der Krönung des Königs Eduard eine Amnestie sämtlicher Kaprebellen erfolgen und 2. den Buren eine Entschädigung von 195 Millionen Franks zum Wiederaufbau der Farmen zugebilligt werde.

# Zum Zollkrieg.

**Die Zolltarifkommission** hat am Mittwoch die Zölle für Seidenzwirn, Floretseide, Rohseide, taffetbindige Gewebe, dichte Gewebe für Möbel- und Zimmerausstattungen, Sammet und Plüsche, Tüll, nach den Vorschlägen der Regierungsvorlage angenommen. Abgelehnt wurde eine Anmerkung zur Tarifnummer 401, wonach Abschnitte von Meterseidenwaren (Kupons) von 4 Meter Länge oder weniger wie abgepaßt zu verzollen sein sollten. Für undichte Gewebe, Gaze, Krepp, Flor wurden, entsprechend einem Antrage Broemel-Bachem, andere Unterabteilungen nach Gewichtsgrenzen beschlossen und der Zoll statt auf 1200 auf 1000 Mk. festgesetzt. Unsere Genossen beantragten und stimmten für Zollfreiheit.

**Protest gegen den Wuchertarif.** Der Verband der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten hat am Montag in Düsseldorf in seiner Hauptversammlung in einer einstimmig angenommenen Resolution Protest eingelegt gegen die von der Zolltarifkommission beschlossenen Zollsätze auf Gerbstoffe, deren Einführung geradezu als Einfuhrverbot wirken müßte. „Diese extremen Beschlüsse kennzeichnen die Mehrheit jener Kommission als einseitige Interessenvertreter, welche leichten Herzens sich bereit finden lassen, zu gunsten einer kleinen Gruppe von Schälwaldbesitzern die Exportfähigkeit eines der größten Industriezweige Deutschlands, der Lederindustrie, zu vernichten und zugleich die Schuhindustrie auf das schwerste zu schädigen."

## Soziales.

— **Das Schwimmen als Unterrichtsgegenstand** soll nach einer schon früher gehegten Absicht an den Berliner städtischen Schulen ebenso eingeführt werden, wie es das Turnen und vielfach auch das Spielen ist. Nunmehr wird in dieser Richtung der erste Schritt gethan. Während der Sommerferien will man eine Anzahl Gemeindeschüler zum Schwimmen führen. Damit sie aber im feuchten Element sich bald zu bewegen wissen, werden auf dem Lande die Schwimmbewegungen schon jetzt in einer besonderen Stunde gelehrt. Vorläufig erhalten nur Knaben diesen Unterricht. Die an der Spree belegene Gemeindeschule in der Mühlenstraße besitzt eine eigene Badeanstalt, und dort sollen denn auch die Besucher dieser gesunden Leibesübung obliegen.

## Polizeiliches und Gerichtliches.

§ **Der Gerichtsberichterstatter auf der Anklagebank.** Der Gerichtsberichterstatter unseres Kieler Parteiblattes hatte über eine Verhandlung wegen Majestätsbeleidigung, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, der er aber trotzdem beiwohnte, Einzelheiten veröffentlicht. Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage wegen Vergehens gegen das Gesetz vom 5. April 1888 (Vorschriften über die Geheimhaltung des Inhalts von Gerichtsverhandlungen). Der Angeklagte hob hervor, daß er alles Anstößige in seinem Bericht weggelassen habe; auch sei die Berichterstattung damals nicht ausdrücklich vom Gericht verboten worden. Das Gericht sprach den Angeklagten frei, da der Gerichtsbeschluß, der damals den Ausschluß der Oeffentlichkeit verkündete, nicht ausdrücklich erwähnt habe, daß der Ausschluß wegen Gefährdung der Staatssicherheit angeordnet worden sei.

§ **Die nette Summe von 2305.34 Mk.** hat das Volksblatt für Anhalt an Strafen, Gerichts- und Rechtsanwaltskosten in nur zwei Prozessen zu zahlen. Es sind dies der bekannte Wreschebrief-Prozeß und der Harzgeroder Falscheid-Prozeß.

Ein bürgerliches Blatt würde sich zu solchen gewaltigen Opfern im Dienste der Wahrheit nicht hergeben.

§ **Wegen Beleidigung des Lübecker Finanzdepartements** wurde der verantwortliche Redakteur des Lübecker Volksboten, Genosse Stelling, von der Strafkammer zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

§ **Wegen Beleidigung eines Agenten** erhielten die Redakteure der Bergischen Arbeiterstimme in Solingen, Genosse May und Genosse Franzen, vom Landgericht in Elberfeld einen Monat und 14 Tage Gefängnis. Außerdem erhielt ein Aufsteigermeister 100 Mark Geldstrafe und ein Geschäftsführer sechs Wochen Gefängnis wegen Beleidigung desselben Agenten in Artikeln unseres Solinger Parteiblattes. Die Verhandlung dauerte 9 Stunden. Das Gericht als Berufungsinstanz ging weit über das Urteil des Schöffengerichts hinaus. Als Zeugen gegen unser Parteiblatt waren u. a. der Redakteur eines gegnerischen Blattes und ein Pastor geladen, mit dem die Arbeiterstimme sich näher befaßt hatte.

## Parteinachrichten.

— **Die Zwistigkeiten der Genossen des 6. Berliner Wahlkreises** über die Organisationsform sind nun wieder beigelegt worden. Nach einem Referate des Genossen Bebel über die Organisationsfrage in dem eine Sonderstellung einnehmenden Wahlverein der Schönhauser Vorstadt wurde, nicht ohne den Widerspruch einer ansehnlichen Minderheit, folgende Resolution angenommen: „Im Interesse der Einigung aller Kräfte unter den Genossen des 6. Berliner Wahlkreises zu gemeinsamem Handeln und in der Hoffnung, daß es allmählich gelingen wird, bei den Genossen des 6. Wahlkreises allgemein die Ueberzeugung von der Zweckmäßigkeit einer föderativen Organisation im Wahlkreis hervorzurufen, beschließt der Wahlverein der Schönhauser Vorstadt, in seiner Gesamtheit in den Wahlverein des 6. Wahlkreises einzutreten und sich an den darin vorzunehmenden Neuwahlen der Funktionäre des Wahlkreises zu beteiligen." Dadurch wird vermieden, daß sich der bevorstehende Parteitag mit der Spaltung im 6. Wahlkreise zu befassen hat. Auch der 5. Reichstagswahlkreis giebt seine Sonderstellung auf und kehrt, unter Verzicht auf die sog. Reorganisation, die den Schwerpunkt der Agitation in den Wahlverein legte, zu dem früheren System der öffentlichen Wahlen für die Vertrauensämter zurück.

— **Totenliste der Partei.** In Dresden verstarb am Dienstag Genosse Gruner, ein altbewährtes Mitglied unsrer Partei infolge von Gehirnerweichung. Gruner, von Beruf Töpfer, gehörte zu den letzten Genossen, die infolge der Wahlentrechtung auf schwerem Posten im Landtag ausharrten. Er ist rednerisch selten hervorgetreten, aber er zählte zu denen, die sich weniger bemerkt in der Organisationsarbeit für die Partei ihr Verdienst erringen. Er war wiederholt Delegierter auf Landeskonferenzen und Parteitagen. Die Genossen seines Wirkungskreises und weit darüber hinaus werden sein Andenken treu bewahren!

— **Das Gefängnis verlassen** hat Mittwoch nach zweimonatlichem Aufenthalte Genosse Pollender in Leipzig. Genosse Pollender wird infolge seiner Strafe sein Stadtverordneten-Mandat verlieren. Bei den Neuwahlen im Herbst werden die Leipziger Genossen ihm von neuem ihr Vertrauen bezeigen und ihn ins Stadtverordnetenkollegium wählen.

— **Genosse Schöpflin** ist am Sonnabend aus dem Redaktionsverband der Volksstimme in Chemnitz ausgeschieden, um die Leitung der für den 11. und 14. sächsischen Reichstags-Wahlkreis bestimmten und am 1. Juli ins Leben tretenden Volkszeitung für das Muldenthal zu übernehmen.

— **Die Gründung eines dreimal wöchentlich erscheinenden Parteiblattes** für den Wahlkreis Landeshut-Jauer-Bolkenhain wurde am Sonntag auf einer Konferenz für diesen Wahlkreis beschlossen. Das Blatt soll als Kopfblatt der Volkswacht in Breslau hergestellt werden.

## Gewerkschaftliches.

**Unternehmerterrorismus beim Zimmererstreik in Braunschweig.** Der Braunschweiger Volksfreund veröffentlicht folgendes Zirkular:

Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe zu Braunschweig.

Braunschweig, im Juni 1902.

Die Kollegen in Braunschweig bitten, die nachstehend aufgeführten streikenden Zimmerleute nicht in Arbeit zu nehmen, und falls dies bereits geschehen sein sollte, dieselben sofort wieder zu entlassen.

Es folgen sodann die Namen von 222 Zimmerern.

Was die schwarzen Listen am meisten entwertet, ist die Ungenauigkeit, denn es sind darin Namen von Zimmerern mit aufgeführt, die schon wochenlang vor dem Streik Braunschweig verlassen haben.

**Als Zentralvorsitzender des Deutschen Lederarbeiter-Verbandes** fungiert von jetzt an Heinrich Mahler. Das Bureau des Verbandes befindet sich Berlin S., Annenstr. 16, I. Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Briefe und Geldsendungen sind zu richten an die Adresse: H. Mahler, Annenstraße 16, I.

**Klempner.** Wegen Aussperrung von 281 Personen in Hamburg beschlossen die organisierten Klempner, in den Werkstätten, wo Aussperrungen vorgenommen worden sind, die Arbeit niederzulegen.

**Der Maurer-Ausstand** bei der Firma Pätzold in Kottbus dauert fort.

## Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 19. Juni.

**Fromme Bäckergesellen.**

Seitdem in Deutschland die moderne Gewerkschaftsbewegung festen Fuß gefaßt und Hunderttausende von Lohnarbeitern in ihre Berufsorganisationen eingegliedert hat, um die materielle Lage der einzelnen Angehörigen des Berufes zu heben und zu bessern, sind die Gründer der evangelischen Jünglings- und katholischen Gesellenvereine um ihre treuen Schäflein in arger Besorgnis. Läßt sich doch nur zu leicht so mancher der jungen Gesellen von seinen, sich zur modernen Arbeiterbewegung rechnenden Kollegen „bethören" und tritt in die gehaßten Streikvereine, die Gewerkschaften ein. Auf alle möglichen Mittel ist man verfallen, wie dieser sichtlichen Flucht aus den meistens nur ein Scheindasein führenden Jünglings- und Gesellenvereinen zu begegnen ist. Eines von den vielen kommt im nachstehenden Programm zum Ausdruck, das seitens des Vereins christlicher junger Männer aufgestellt ist und unter den Bäckergesellen für die Ideen genannten Vereins Stimmung machen soll:

An die Herren Bäckergehilfen zu Halle a. S.

Freundliche Einladung

zur Eröffnungs-Feier der Bäckerabteilung

des

Christlichen Vereins junger Männer

in Halle a. S., Weidenplan 4

am Donnerstag, den 19. Juni 1902, nachmittag 4 Uhr.

Programm.

1. Begrüßung des Vorsitzenden der Bäckerabteilung.
2. Gemeinsamer Kaffee.
3. Vortrag des Kgl. Forstmeisters a. D. von Rothkirch, Präses des C. V. J. M. in Berlin: „Erzählungen eigner Erlebnisse aus dem französischen Feldzuge."
4. Mitteilungen des Kollegen Paul Krause aus Berlin: „Licht und Schatten aus dem Berliner Bäckergewerk."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020620-11/fragment/page=0002

**5. Religiöse Ansprache des Pastor Simsa.**
**Während des Kaffeetrinkens und zwischen den Vorträgen; Deklamationen, Instrumental- und Gesangs-Vorträge.**
Eintritt frei.
Der Vorstand
der Bäckerabteilung des Christlichen Vereins junger Männer.
Otto Grünhardt, Vorsitzender.

Wie viel Bäckerdutzend die Bäckerabteilung des Christlichen Vereins junger Männer stark ist, darüber braucht man sich nicht zu streiten. Die in der freien Gewerkschaft der Bäckereiarbeiter organisierten Bäcker wissen ein Liedchen davon zu singen, wie schwer ihnen die Heranziehung neuer Mitglieder wird. Das läßt natürlich noch lange nicht den Schluß zu, daß die indifferenten Bäcker sich in Scharen unter die Fittiche des Herrn Pastor Simsa begeben. Jedenfalls würde es bei den Vergnügungen der Bäckerabteilung sehr windig aussehen, wenn nur Mitglieder sich daran beteiligen würden. Originell ist nur die Zusammenstellung des Programms, in der That ganz auf den Geisteszustand derer zugeschnitten, die sich heute als Lohnarbeiter in einem Jünglingsverein wohl fühlen. Ein Stück patriotischer „Geschichte", als Zugkraft ein kleiner Fachvortrag eines Berliner Bäckers, eine religiöse Ansprache durch den Pastor Simsa, dann Deklamationen, Instrumental- und Gesangsvorträge, dazu abwechselnd Kaffeetrinken und Kuchenessen, so feiern fromme Bäckergesellen ihr Stiftungsfest unter Obhut der Geistlichen und jedenfalls auch einiger Innungsmeister.

Werden die Letztgenannten ihre Zwecke, die jungen Leute der Kirche und der Botmäßigkeit des Arbeitgebers zu erhalten, erreichen? Wir glauben es nicht. Der Geselle wird sehr bald merken, daß ihm in jenen Vereinen nicht das geboten wird, wonach jeder Arbeiter trachtet. Er wird gewahr werden, daß der Christliche Verein junger Männer nichts thut, um den Lohn der Bäckergesellen zu erhöhen, die Logis- und Kostverhältnisse zu bessern, die Nachtarbeit erträglicher zu gestalten. Und allmählich gefällt es ihm nicht mehr in der Bäckerabteilung des genannten Vereins, er fühlt sich mehr zu den Kollegen hingezogen, die in der freien Gewerkschaft der Bäckereiarbeiter kämpfen für Abschaffung aller Mißstände und die schließlich auch Erfolge davontragen. So wird aus dem frommen, gutmütigen Jünglingsvereinler nach und nach ein wackerer Kampfgenosse, der die Zeit, welche er in diesem Verein zugebracht hat, als eine verlorene betrachtet. Da hilft kein Beten, kein Patriotismus, das bewirkt der Kampf um die Existenz, ums Dasein. Der Geist der materialistischen Weltanschauung ist es, der den ehemaligen Angehörigen des Christlichen Vereins junger Männer in den solidarischen Gewerkschaftsgenossen, in den zielbewußten Sozialdemokraten umwandelt.

**Die Haftbarkeit der Lehrer bei Unfällen in der Schule** kam bei einem Konfliktsverfahren in Frage, das durch das Ober-Verwaltungsgericht erledigt wurde. Der Lehrer Bay hatte nach der Schreibstunde die im Schulbesitz befindlichen Federhalter mit den Federn durch den ersten der Klasse einsammeln lassen. Als dieser einem Bankersten Steup die ihm von letzterem zugereichten Federhalter abnehmen wollte, hielt Steup die Halter fest, um den Primus zu ärgern. Es gab ein ganz kurzes Hin- und Herzerren, der Primus ließ los und Steup drang beim Zurückschnellen die eine Feder in das rechte Auge, so daß die Sehfähigkeit des Schülers ganz erheblich beeinträchtigt ist. Der Arzt schätzte die Einbuße an zukünftiger Erwerbsfähigkeit auf 25 Prozent. — Der Vater des Verletzten verlangte nun, sich auf Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches stützend, von dem Lehrer im Wege der Zivilklage Schadenersatz und zwar sollte der Lehrer jährlich vom Tage der Schulentlassung ab 600 M. zahlen.

Die Regierung erhob zu gunsten des Lehrers den Konflikt und machte geltend, die Schadenersatzklage sei hier überhaupt nicht gegeben, weil der Lehrer nichts Pflichtwidriges gethan habe.

Das Ober-Verwaltungsgericht gab dem Konflikt statt, so daß der Zivil-Prozeß gegen den Lehrer endgiltig einzustellen ist. Es wurde ausgeführt: Das Einsammeln der Federn durch den Klassenersten lasse sich an sich nicht bemängeln. Es frage sich deshalb nur, ob der Lehrer es zur fraglichen Zeit an der nötigen Aufsicht habe fehlen lasse. Bei einem solchen Mangel wäre die Schadenersatzklage zulässig. Es könne aber Bay nicht zum Vorwurf gemacht werden, weil 83 Kinder in der Klasse waren und der Vorgang sich im Nu und ohne vorherigen Wortwechsel abspielte. w.

**Ein besonderes Gewerbe-Kommissariat** haben wir in Halle seit Anfang dieser Woche. Es ist im Wasserturm am Roßplatz eingerichtet und wird vom Gewerbekommissar Köhler geleitet. Diesen vertritt im Behinderungsfalle Herr Wachtmeister Hoffmann. Die Errichtung dieser eigenen Abteilung für Ueberwachung der gewerblichen Betriebe, für Durchführung der staatlichen Arbeiterschutzgesetzgebung 2c. entspringt einem dringenden Bedürfnis. Denn die Gewerkschaften mußten häufig Klage führen über die mangelhafte Kontrolle besonders jener Betriebe, welche Sonntags arbeiten lassen. Es läßt sich nicht bestreiten, daß durch die nunmehrige Zusammenfassung der Aufgaben der Polizei und Ausführung nach einem einheitlichen Plane besseres als bisher geleistet werden kann. Daß in manchen Fabriken und Werkstätten die gesundheitlichen und sonstigen Verhältnisse, unter denen die Arbeiter ihr Tagewerk verrichten müssen, alles zu wünschen übrig lassen, ist schließlich nichts Neues; dem neuen Gewerbekommissariat blüht ein ergiebiges Feld reicher Thätigkeit.

* **Die Einziehung der Zeitungsgelder** beim Quartalswechsel durch den Briefträger hat sich nach den bisherigen Erfahrungen allgemein bewährt. Dem Publikum wird nicht nur ein bis dahin oft unbequem empfundener Gang zur Post abgenommen, es ist auch das erstrebenswerte Ziel nahezu erreicht worden, daß die Bezieher vor Ablauf der Bezugszeit das Abonnement erneuern. Die Vorteile des neuen Verfahrens sind bedeutende. Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß die von den Briefträgern erteilten Quittungen rechtsgiltig sind.

* **Die Patentliste** des Patentbureaus Kipp u. Büttner, Berlin NW. 6, teilt für Halle folgende Patentierungen mit: Gustav Klauß: Brause mit leicht lösbarem Brausetell; Gebr. Keller: vermittelst Halbkugelgelenk und äußerer Spiralfeder drehbarer Kerzenhalter. Dr. Otto Zähne: Handsteuer für pulverförmige Substanzen, gekennzeichnet durch seitliche Gitter. — Obige Firma erteilt den Lesern unseres Blattes kostenlos Auskunft in Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichen-Angelegenheiten.

* **Eine Naturseltenheit** in der Gestalt eines kleinen Baumes, an welchem sich in regelrechter Angliederung 14 kleine Tannenzapfen in der Form eines gewundenen Strauses befanden, wurde uns gestern überbracht. Das Bäumchen hat in der Dbiauer Heide gestanden.

* **Arbeiter-Risiko.** Verbrannt hat sich am gestrigen Nachmittag in der Hallschen Maschinenfabrik beim Gießen ein Arbeiter im Gesicht und an Händen und Füßen. Da die Verletzungen erheblich waren, mußte der Arbeiter mittels Droschke nach der Leserschen Klinik gebracht werden.

**Zeitz.** Holzarbeiter. Die Kollegen werden hierdurch noch besonders auf die am Sonnabend, den 21. d. M. bei Schindler stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht. Der Besuch der Versammlungen läßt wieder alles zu wünschen übrig. Mußte doch die letzte Versammlung wegen des zu späten Erscheinens der Mitglieder ausfallen. Hoffentlich genügt dieser Hinweis, um die Kollegen zur Erfüllung ihrer Pflicht zu bewegen.

**Weißenfels.** Der Einbruch in das Blumenreichsche Geschäft, über den wir seiner Zeit berichtet, stand gestern vor dem Schwurgericht Naumburg zur Aburteilung. Der Dachdecker Otto Ordnung wurde zu 7 Jahren, der Tischler Paul Brendel zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt. Wir kommen auf die Verhandlung noch zurück.

**Naumburg.** In der gestern gemeldeten Sparkassen-Angelegenheit ist noch zu melden, daß der für das Abholen des Geldes bestimmte junge Mann — er heißt Richard Dietrich und ist aus Bauchu — aus der Haft wieder entlassen ist.

**Zörbig.** Wir erhalten folgende Zuschrift: Zu der in der Beilage zum 15. Juni 1902 veröffentlichten Notiz über Zörbig „Opfer der Gesindeordnung" haben wir folgendes zu erwidern:

Es ist nicht wahr, daß eines der Gutsbesitzer Patzschschen Dienstmädchen Fleisch zur etwaigen Prüfung nach der Polizei getragen hat. Die Mädchen, welche bei der Polizeiverwaltung einen Antrag, die ihnen gewährte Kost auf ihre Güte oder Quantität zu untersuchen, nie gestellt haben, haben diese Behauptung der Zeitungsnotiz heute in Gegenwart von Zeugen direkt als „Lüge" bezeichnet. Auch hat das Dienstmädchen Bunge bei ihrer Vernehmung nicht angegeben, vom Dienstherrn bei der angeblichen thätlichen Behandlung am 2. Juni 1902 zwischen Schornstein und Kleiderschrank gedrückt worden zu sein. Der dem Dienstmädchen Emilie Richter zugefügte eine Schlag ins Gesicht ist bereits einige Tage vorher und zwar am 31. Mai 1902 vorgekommen und nicht wie angegeben, nach oder bei dem Vorfall mit der Bunge. Die beiden Mädchen haben bei uns Zeugen, welche die angebliche Mißhandlung selbst wahrgenommen haben, nicht anzuführen vermocht, so daß also Zeugenvernehmungen gar nicht möglich waren. Das Dienstmädchen Bunge hat sich protokollarisch freiwillig bereit erklärt, ein ärztliches Attest über ihren Zustand zu beschaffen. Der dieselbe am nächsten Tage — 3/6. — untersuchende prakt. Arzt hat Spuren einer Mißhandlung der p. Bunge nicht im geringsten wahrnehmen können, sie vielmehr als völlig gesund und unverletzt erklärt.

Uebrigens erscheint es uns unverständlich, a) daß die beiden Mädchen gegen unseren Bescheid vom 5. Juni 1902, den wir voll und ganz aufrecht erhalten, weder Beschwerde noch Klage erhoben haben und b) weshalb dieselben nicht gegen ihren Dienstherrn Patzsch die Anzeige bei der Königlichen Staatsanwaltschaft in Halle a. S. wegen Körperverletzung erhoben haben, woselbst sie ja die Rolle als Zeuginnen hätten übernehmen können.

Die Polizeiverwaltung.
Weiß.

Unser Gewährsmann wird auf die sachlichen Berichtigungen der Zörbiger Polizeiverwaltung antworten; wenn diese aber zum Schluß ihre Verwunderung ausspricht, daß die beiden Mädchen sich bei dem Bescheid der Polizeiverwaltung beruhigt und auch gegen ihren Dienstherrn Anzeige bei der Staatsanwaltschaft nicht erhoben haben, so sollte sie doch wissen, daß die beiden Mädchen in Gerichtssachen zu unerfahren sind, um zu wissen, in welchen Formen sie ihre Klagen zur weiteren gerichtlichen Entscheidung bringen können.

c. **Bitterfeld.** Stadtverordnetensitzung. 1. Punkt: Nachbewilligung der Mehrausschaffungskosten für einen eisernen Geldschrank. Die Mehrkosten von 350 Mk. wurden nach kurzer Befürwortung durch die Stadtv. Richter und Quilitzsch einstimmig bewilligt. Aufstellung von zwei Hydranten mit einer Wasseruhr wurde als 2. Punkt durch Annahme der Magistratsvorlage erledigt. Zwei Anfragen, von denen sich die eine mit der Reparatur des Kriegerdenkmals, die andere mit dem Vorwerk Wachtendorf befaßte, wurden vom Magistrat beantwortet. Die Reparaturen am Kriegerdenkmal sollen gemacht und bezüglich des Vorwerks Wachtendorf sei aus den Kaufakten nicht zu ersehen, warum das Gut erst neun, jetzt jedoch nur sechs Morgen groß sei. Die Gehalts-Erhöhungen der Schulkastellane der neuen Volks- und der Realschule, sowie die Gehalts-Regulierung der Beigeordneten wurde in die geschlossene Sitzung verlegt. Die Bitterfelder Einwohnerschaft braucht ja die Gründe, warum die Gehaltserhöhung erfolgen soll, nicht zu wissen. In die Prüfungskommission für die Stadtsparkassenrechnung wurden die Stadtv. Ehricke und Dr. Thon gewählt.

## Kleine Provinzial-Nachrichten.

Der Mühlenbesitzer Amhoff in Eilsleben bei Magdeburg geriet in das Getriebe seiner Mühle und wurde von dem Räderwerk förmlich zu Tode gequetscht. — In Schkölen ging ein Pferd durch und raste in den Hausflur des Landwirtes Julius Ott hinein. Die Haus- und die Stubenthür wurde zertrümmert und das Pferd stand mitten in der Stube. — Der Handarbeiter Lange aus Leimbach beging Selbstmord, indem er sich die Pulsader durchschnitt.

## Leipziger Bank-Prozeß.

Am Mittwoch wurde in die Spezialvernehmung Exners eingetreten. Derselbe ist im Jahre 1887 bei der Leipziger Bank angestellt worden, wo nach Bestimmung des Aufsichtsrates es seine Aufgabe sein sollte, das Kontokorrent weiter auszubauen, das Effekten- und Devisengeschäft zu pflegen 2c. Exner wurde dem Direktor Fiebiger gleichgestellt. Er bezog 12 000 Mk. Gehalt nebst 3 Proz. Tantieme; sein Gehalt stieg dann im Jahre 1896 auf 20 000 Mk., 1898 auf 22 000 Mk. und 1900 auf 24 000 Mark. Es bezogen an Tantiemen 1895 Exner 60 550 Mk., Fiebiger desgleichen, 1896 Exner 122 865 Mk., Gentzsch 67 015 Mk., 1897 Exner 156 738 Mk., Gentzsch 85 491 Mk., 1898 Exner 203 854 Mk., Gentzsch 111 193 Mk., 1899 Exner 229 357 Mk., Gentzsch 125 104 Mk., 1900 Exner 167 588 Mk., Gentzsch 100 553 Mk. Exner war Mitglied verschiedener Aufsichtsräte solcher Gesellschaften, an denen die Leipziger Bank Interesse hatte und die in der Hauptsache ihre Gründung waren; er hatte jährlich etwa 20 000 Mk. aus diesen Stellungen als Aufsichtsratsmitglied bezogen. Er sagt dazu aus, daß er von Hause aus kein Vermögen gehabt habe, nach seiner Rückkehr aus China habe er jedoch 15 000 Mk. erworben; durch seine Heirat sei er in den Besitz einer jährlichen, aus Barvermögen und Schiffsanteilen bestehenden Rente von 20—30 000 Mk. gelangt. Er habe Handelsgewinn ziehen müssen und 60 000 Mk. jährlich gebraucht, abgesehen von den Abschreibungen auf seinen Effektenbesitz. Sein gesamtes Vermögen habe er fast ausschließlich in Tochterwerten des Treberconcern und in Aktien solcher Gesellschaften niedergelegt, die von der Leipziger Bank gegründet wurden, es habe zuletzt 500- bis 800 000 Mk. betragen. Das Vermögen seiner Frau habe aus 200 000 Mk. Effekten und 200 000 Mk. Geschäftsanteilen bestanden, die Effekten wären bei der Leipziger Bank deponiert gewesen.

Auffällig erscheint, wie der Vorsitzende erklärt, daß die Abhebung dieses Depots in die Zeit fällt, wo die Leipziger Bank anfing schlecht zu stehen.

Exner widerspricht dem und bestreitet einen ursächlichen Zusammenhang; er habe das Depot in den ersten Monaten 1901 nur deshalb nach England geschafft, um Steuern zu sparen.

Der Vorsitzende stellt fest, daß das Verfahren gegen Exner wegen Vermögenshinterziehung nur unterbrochen, aber nicht eingestellt ist.

Alsdann giebt Exner Aufschluß über die Einleitung der Verbindung mit der Trebergesellschaft; er sei mit dem Generaldirektor Schmidt erst bekannt geworden, als dieser mit dem Aufsichtsrat seiner Gesellschaft, Hermann Stumpf, auf Empfehlung der Berliner Firma Steinfiel u. Co. nach Leipzig kam, um dort dem Aufsichtsrat der Leipziger Bank die Bilanz der Trebergesellschaft vorzulegen. Das Obligo der Trebertrocknung war bereits am 1. Januar 1897 auf 511 000 M. erhöht, daneben bestand der Remissenkonto, so daß damals das ganze Obligo auf beinahe eine Million stieg. Vier Mitglieder der Kasseler Verwaltung hätten ferner einen gedeckten Vorschuß von 1 315 000 M. von der Bank bewilligt erhalten.

Es kommt hierauf die

**Beteiligung der Leipziger Bank an den Gründungen und Umwandlungen der Treber-Tochtergesellschaften**

und ihre Finanzierung zur Sprache. Gentzsch sagt auf eine Anfrage hin aus, daß es allerdings üblich gewesen sei, die Sitzungsprotokolle der Aufsichtsratssitzungen vorzubereiten. Es habe sich jedoch nur darum gehandelt, diejenigen Ziffern und technischen Bezeichnungen, die allseitig eine klare Darstellung, wie sie in den Konten verteilt waren, erheischten, vorläufig festzustellen, selbstverständlich unter Zustimmung des Aufsichtsrats, während die wirklichen Beschlüsse und Diskussionen erst nachträglich eingetragen wurden. Die Protokolle der Revisionssitzungen des Aufsichtsrats wurden, wie die einer ganzen Anzahl von anderen Sitzungen, direkt in der Sitzung geschrieben. Auch Dr. Fiebiger muß zugeben, daß während seiner Amtierung die Protokolle in der Hauptsache vorbereitet worden seien.

Die Verhandlung wird auf Donnerstag vertagt.

## Zur Beachtung für die Gewerkschafts-Vorstände.

Es ist folgendes: Generalkommission in Aussicht genommen, das Protokoll der Verhandlungen des vierten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, ebenso wie dies mit dem Protokolle vom dritten Kongresse geschehen ist, durch die örtlichen Gewerkschaftskartelle vertreiben zu lassen. Es sind nun die Einrichtungen in diesem Jahre so getroffen, daß das Protokoll vierzehn Tage nach Schluß des Kongresses zur Versendung gelangen kann. Die Gewerkschaftsmitglieder werden also in der Lage sein, aus einem zuverlässigen und genauen Bericht von den Verhandlungen Kenntnis zu nehmen. Dies ist jedoch nur möglich, wenn sofort nach Fertigstellung des Protokolls auch der Versand erfolgen kann. Das Protokoll wird etwa 20 Druckbogen stark, also bedeutend stärker als das vom dritten Gewerkschaftskongresse. Der Verkaufspreis ist im Buchhandel auf 1 Mk. festgesetzt. Die Mitglieder der Gewerkschaften sollen das Protokoll weit unter dem Herstellungspreise und zwar zum Preise von **20 Pfg.** pro Exemplar erhalten. Die Bestellungen müssen in diesem Falle aber spätestens bis zum **27.** Juni im Arbeiter-Sekretariat eingereicht werden. Spätere Bestellungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

**Das Gewerkschaftskartell.**

## Aus dem Reiche.

**Berlin.** Die beiden Zuchthäusler Oehmke und Kirsch, die vor einigen Tagen aus dem Zellengefängnis in der Lehrterstraße ausbrachen, sind wieder festgenommen worden. Kirsch hat eine „Braut", die in der Landsbergerstraße Nr. 108 bei einer verheirateten Schwester Oehmkes wohnt. Die Kriminalpolizei rechnete darauf, daß die Entsprungenen schließlich dorthin kommen würden, um so mehr, als gerade nach dem Ausbruch die „Braut" des Kirsch „unbekannt" abgemeldet wurde. Die Rechnung erwies sich als richtig. Dieselben Desperados, die früher mit den Einbrechern zu thun hatten und sie daher genau kannten, beobachteten das Haus und sahen schon heute früh, daß die beiden gesuchten Verbrecher hineingingen. Sie ließen sie ruhig eine Zeitlang gewähren, überraschten sie dann im Bett und machten sie dingfest. Die Ueberraschten erkannten auch die Beamten wieder, sahen ein, daß ein Verleugnen ihrer Persönlichkeit keinen Zweck hatte, und ließen sich ruhig in das Zellengefängnis zurückbringen.

**Oldenburg.** Der Bankdirektor von Baden-Bruns, der seiner Zeit den Oberamtsrichter Becker erschoß, wurde vor einigen Monaten zur Beobachtung seines Geisteszustandes in die Irrenanstalt in Wehnen übergeführt. Jetzt ist er dort wieder entlassen und von Aufsehern in das Untersuchungsgefängnis gebracht worden. Die Meinung der Aerzte über seinen Geisteszustand ist noch nicht bekannt. Darüber wird die demnächstige Verhandlung gegen van Baden-Bruns vor dem Schwurgericht Auskunft geben.

**Spandau.** Einen unverhofften Besuch stattete jüngst ein Storch am hellen Tage eine Bauernfrau in einem Dorf bei Spandau ab. Als diese bei der Zubereitung des Mittagessens in der Küche beschäftigt war, drang aus dem Schornstein über dem Herd lautes Geräusch hervor, und eine dichte Rauch- und Staubwolke verbreitete sich plötzlich, aus der großen Schornsteinöffnung kommend, über den ganzen Raum. Als die dunkle Wolke sich etwas gelichtet hatte, wurde mit einem Mal ein Storch sichtbar, der mit vollkommen russigem Gefieder auf dem Küchenherd einherspazierte. Die Bauernfrau war heftig erschrocken über den in so seltsamer Weise eingetroffenen, ungebetenen Besuch und rief ihren auf dem Hofe weilenden Ehemann herbei. Der Bauer machte dem verirrten Freund Langbein energisch klar, daß ihm an seinem Besuch zur Zeit nichts gelegen sei, und Adebar verließ darauf die ungastliche Stätte durch das geöffnete Fenster.

**Giesen.** Die in der Stadt belegene Friedrichsgrube ist wahrscheinlich durch eine Kohlenstaub-Explosion in Brand geraten. Im Laufe des Mittwochs wurde der Brand an den Fabrikgebäuden gelöscht. Zwei Personen sind getötet, an dem Aufkommen einer dritten wird gezweifelt. Mehrere Personen erlitten Verletzungen. Unter der Erde befindet sich niemand mehr. Eine spätere Meldung besagt, daß im ganzen 650 Doppelwaggons brennen. Der Brand dürfte noch 8 Tage dauern. Die Feuerwehr von 8 Ortschaften ist fortgesetzt thätig, um die Gebäude, welche teilweise noch unversehrt sind, zu schützen. Von den Schwerverletzten sind zwei Personen gestorben. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Die Arbeiter dürften weiter beschäftigt werden können.

**Hamburg.** Auf der Alster kenterte ein mit vier Personen besetztes Boot, der 20jähr. Arbeiter Barmeister und der 21jähr. Wilhelm Behr ertranken.

**Wurzen.** Ein Grubenunglück wird aus Pragewitz bei Mutzschen gemeldet. Sonntag nachmittag brannten der Förderschacht und der massive Förderturm des Schippanschen Kohlen-Bergwerks aus. Montag früh gegen 4 Uhr gerieten ein Obersteiger und drei Bergleute, als sie in das Werk eindrangen, durch Brandgase in Erstickungsgefahr. Die drei Arbeiter vermochten sich zu retten. Der Obersteiger wurde im Laufe des Vormittags als Leiche zu Tage gefördert. Ein anderer Arbeiter, der Montag vormittag einstieg, fand gleichfalls einen Tod.

## Vermischtes.

* **Unfälle auf französischen Unterseebooten.** An Bord des Unterseebotes Silure, welches gestern eine Probefahrt zur Feststellung seiner Leistungsfähigkeit unternahm, geriet das Personal nach zweistündiger Fahrt unter Wasser, in Gefahr zu ersticken. Die Erkrankten mußten ins Hospital gebracht werden, doch ist ihr Zustand nicht besorgniserregend. — Auch an Bord des Unterseebotes Triton fand ein Unglücksfall statt. Der Marineoffizier de Pere wurde infolge Platzens eines Dampfrohres am Gesicht und Händen verbrüht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020620-11/fragment/page=0003

* **„Stören Sie sich nicht daran!"** Dem berühmten Violinspieler Baillot begegnete einst auf seinen Kunstreisen in Rußland ein etwas unbequemer Fall. Er hatte sein Absteigequartier bei einem reichen Russen und war nicht wenig entsetzt, als er beim Mittagessen eine schwarze Masse unter dem Tische ihre glühenden Augen auf sich heften sah. „Stören Sie sich nicht daran", sagte die Dame vom Hause, „es ist der schwarze Wolf, er ist zahm." Als Baillot sich abends schlafen legen wollte, zeigte ihm dieselbe schwarze Masse den geöffneten Rachen. „Stören Sie sich nicht daran, es ist der schwarze Wolf, ich will ihn wegjagen", sagte der Bediente. Am anderen Morgen hörte Baillot Flintenschüsse im Hause. „Was bedeutet das?" fragte er den eintretenden Bedienten. „Stören Sie sich nicht daran, man erschießt den schwarzen Wolf, weil er diese Nacht unsern Koch zerrissen und gefressen hat", war die Antwort.

* **Im russischen Petroleumgebiet** wütet seit Montag ein Brand. In Pibi-Eibot sind 16 Bohrtürme niedergebrannt und drei Behälter explodiert.

* **Der Zyklon,** der am Montag die Stadt Karachi (Vorder-Indien) verwüstete, läßt nach, der hohe Wasserstand geht zurück. Die historische Napier-Mole ist teilweise weggerissen. Die meisten Schiffe im Hafen sind untergegangen. Die Speicher, Werften und die Eisenbahn sind zerstört. Handel und Wandel stocken.

* **Erderschütterungen** wurden am Dienstag im französischen Arrondissement Oloron sowie in Melilla (Marokko), an letzterem Orte verbunden mit starkem unterirdischem Getöse, wahrgenommen.

* **Starker Schneefall** herrscht in mehreren Bezirken des Departements Pyrenees Orientales.

* **Während eines heftigen Gewitters** wurde auf dem von Westafrika in Hamburg eingetroffenen Woermannschen Dampfer „Jeanette Woermann" der Offizier Schmidt auf See vom Blitze getroffen, so daß er vollständig betäubt zu Boden geschleudert wurde. Der Blitz war dem Offizier in den auf dem Tropenhelm befindlichen Knopf gefahren, von wo er hinten hinab über das Rückgrat und die Beine in das Oberdeck fuhr, ohne nennenswerten Schaden anzurichten. Der Offizier erholte sich alsbald, fühlte sich aber für den Rest der Reise unwohl.

* **Von 10 Räubern** wurde ein im Gouvernement Tiflis belegenes Kloster des heiligen Antonius kürzlich abends überfallen, während gerade eine Seelenmesse abgehalten wurde. Die Räuber gaben in der Kirche mehrere Schüsse ab, worauf alle Anwesenden die Flucht ergriffen. Die Räuber wollten dann den die Messe lesenden Mönch zwingen, ihnen die Klosterkasse zu zeigen, erreichten jedoch ihren Zweck nicht. Sie mußten sich vielmehr damit begnügen, einen Teil der Kirchengeräte mitzunehmen.

* **Die Schwindlerfamilie Humbert** soll sich nach einer von Rochefort, der indes hierbei seine Quelle anzugeben sich weigerte, am Dienstag dem Pariser Untersuchungsrichter gemachten Aussage am 7. Mai abends in St. Nazaire an Bord einer nach Colon bestimmten Yacht eingeschifft haben.

* **Zu Zusammenstößen zwischen Pilgerzügen** kam es in Aviles (Provinz Oviedo) bei der Feier des Antoniusfestes, wobei 11 Personen durch Gewehrschüsse verwundet und 12 Verhaftungen vorgenommen wurden.

## Versammlungsberichte.

### Eilenburg.

Gewerkschaftskartell. Sitzung vom 4. Juni. Zunächst wurde bekannt gegeben, daß am 1. Juni die Herberge dem Verkehr übergeben ist. Die Delegierten wurden nochmals aufgefordert, an ihre Vorstände resp. Bevollmächtigten heranzutreten, damit es in ihren Fachblättern genügend publiziert wird.

Im Verschiedenen wurde der Antrag gestellt, an die Vereinsbrauerei heranzutreten mit dem Ersuchen, die Retiraden im Tivoli zu verändern, resp. zu verlegen, da es nicht angängig erscheint, daß bei warmen Tagen durch dieselben ein unerträglicher Geruch das Lokal erfüllt. Ferner wurde angeregt, daß es wünschenswert sei, in der nächsten Gewerkschaftsversammlung dahin zu wirken, daß die Verwaltung der Auskunftsstelle besser gestaltet wird, da sich zwei Genossen nicht regelmäßig an den Sitzungen beteiligen und es für einen nicht gut zu handhaben ist. Der Vorsitzende setzte die Delegierten noch in Kenntnis von der Zuschickung der Abrechnung vom Streik der Glasarbeiter in Nienburg und Schauenstein und stehen den Delegierten zwei Exemplare zur Verfügung, damit sie es in ihren Versammlungen mit bekannt geben.

Die Präsenzliste ergab das Fehlen folgender Delegierten unentschuldigt:

Steinsetzer Zänker, Brauer Petersohn,
Haßler, Müller Hilbert.

(Eingeg. 18. 6.) B. G.

## Zur Beachtung!

**Die sozialdemokratischen Kreisvertrauensmänner** im Regierungsbezirk Merseburg werden daran erinnert, daß Mitte Juli die Bearbeitung des im September erscheinenden **Volkskalenders für 1903** vorgenommen wird.

Wünsche über den Inhalt des Kalenders sind deshalb innerhalb der nächsten drei Wochen dem Unterzeichneten bekannt zu geben. **Ad. Thiele.**

## Briefkasten der Redaktion.

**E. F.,** Brossen. Fachorgane der Thonindustrie bestehen in Berlin: Thonindustrie-Zeitung NW., Töpfer- und Ziegler-Zeitung N., in Koburg: Keramische Rundschau.

## Standesamtliche Nachrichten.

**Halle** (Nord, Burgstraße 38), 18. Juni.

**Aufgeboten:** Fabrikarbeiter Riedel und Marie Ehrhardt (Scharrenstraße 12). Schlosser Reuschel und Klara Karthe (Ludwig Wuchererstraße 12 und Wittekindstraße 46-47).

**Geboren:** Dem Geschirrführer Franke T. (Tristtraße 25). Schmied Töpfer T. (Hardenbergstraße 2). Tapezierer Zwarg S. (Tristtraße 42). Lokomotivhilfsheizer Frank T. (Ackerstraße 6). Bierfahrer Kupernagel T. (Schleiweg 6).

**Gestorben:** Die unverehelichte Minna Richter, 24 J. (Nervenklinik).

**Halle** (Süd, Steinweg 2), den 18. Juni.

**Aufgeboten:** Handlungsreisender Linde und Anna Sofia (Liebenauerstraße 10 und Rothenschirmbach). Schmied Roich und Anna Hesse (Brämerhöhe 53 und Mühlrain 9). Fabrikarbeiter Mauk und Hedwig Hesse (Radewell und Leipzigerstraße 12). Kaufmann Strempel und Martha Weber (Torgau und Thalamtstraße 6). Oberpostassistent Ludwig und Helene Hüllmann (Meckestraße 4 und Thomasiusstraße 46). Handarbeiter Wehlmann und Friederike Dietrich (Steinweg 36 und Große Wallstraße 43). Tischler Klemme und Auguste Kiefert (Halle a. S. und Könnern). Bergmann Böger und Emilie Kahle (Zicherben und Ahlsdorf). Installateur Hartmann und Friederike Lehnert (Gottesackerstraße 6 und Mansfeld). Prakt. Art Dr. med. Reich und Antonie Aldendorf (Könnern und Düren).

**Geboren:** Dem Kaufmann Petzold T. (Hagenstraße 2). Maschinenschlosser Herrmann S. (Streiberstraße 4). Eisendreher Ostwald T. (Thüringerstraße 26).

**Gestorben:** Kaufmann Heckert, 43 J. (Große Ulrichstraße 21). Witwe Apel, 74 J. (St. Elisabeth-Krankenhaus). Witwe Bockmüller, 82 J. (Unterberg 1). Bergarbeiter Fritzsche 33 J. (Bergmannstrost).

**Sprechstunde der Redaktion nur mittags von ½12 bis 1½ Uhr.**

Verantwortlicher Redakteur: **A. Weißmann** in Halle.


**Zeitz.**

**Sonntag den 22. Juni abends 7 Uhr im „Heiteren Blick"**

**große öffentl. Bergarbeiter-Versammlung.**

Tagesordnung: 1. Internationale oder nationale Bergarbeiterbewegung? Referent: **Franz Pokorny,** Zwickau. 2. Berichterstattung vom internationalen Kongreß. Referent: **H. Joachim.** 3. Diskussion und Verschiedenes. — Zur Deckung der Tageskosten werden 10 Pf. Entree erhoben.

Versäume kein Bergarbeiter in dieser Versammlung zu erscheinen.

**Der Einberufer.**

**Hohenmölsen.**

**Sonntag den 22. Juni nachm. 5 Uhr im Bahnhofs-Restaurant**

**große öffentl. Bergarbeiter-Versammlung.**

Tagesordnung: 1. Die organisatorische Notwendigkeit der Bergarbeiter und verw. Berufe. 2. Berichterstattung vom internationalen Bergarbeiter-Kongreß zu Düsseldorf. Referent: **Nikolaus Dölle,** Eisleben. 3. Diskussion und Verschiedenes.

Zur Deckung der Tagesunkosten werden 10 Pf. Entree erhoben.

Versäume kein Bergarbeiter in dieser Versammlung zu erscheinen.

**Der Einberufer.**

**Verband der Bau-, Erd- und gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands. Zahlstelle Weißenfels.**

**Sonnabend den 21. Juni abends 8 Uhr im Saale der „Reichskrone"**

**große öffentliche Versammlung.**

Tagesordnung: Arbeiterorganisationen und Unternehmerverbände. Referent: Kollege **Uhde,** Magdeburg.

Pflicht aller Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

**Der Einberufer.**

**Allg. Konsum-Verein**

**zu Halle a. S. E. G. m. b. H.**

**Freitag den 27. Juni abends 8½ Uhr in Osborgs Bellevue**

**ausserordentl. Generalversammlung.**

Tagesordnung: Endgiltige Beschlußfassung über Mittelbewilligung zur Errichtung **einer Bäckerei und Zentrale.**

**Zur besonderen Beachtung!**

**Nur** gegen Vorzeigung des **Mitgliedsquittungsbuches** ist der Eintritt zur Generalversammlung gestattet. Die Legitimationskarte berechtigt **nicht** zum Eintritt.

**Der Aufsichtsrat.** J. A.: E. Koch.

Soeben erscheint:

**Weltschöpfung und Weltuntergang.**

Die Entwicklung von Himmel und Erde auf Grund der Naturwissenschaften populär dargestellt von **Oswald Köhler.**

Mit 84 Abbildungen und 4 Tafeln in Farbendruck.

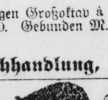
Folgende Abschnitte heben wir besonders hervor: Das ewige Material der Welt und sein Urzustand. — Die Entstehung der Fixsternwelt. — Die Entstehung unseres Sonnen- und Planetensystems. — Die Sonnenzeit der Erde. — Die Sedimentärzeit der Erde bis zur Gegenwart. — Von den mosaischen und platonischen Umwälzungen der Erdoberfläche. — Die Entstehung der Inseln, der Gebirge und Kontinente. — Wiederversenkung der Länder. — Entstehung der Meeresgründe. — Temperaturverhältnisse der Sedimentärperioden. — Die Eiszeit. — Von der Entstehung der organischen Welt. — Die Entstehung und Entwicklung des Mondes. — Ursprung und Entwicklung der Kometen und Meteore. — Der Untergang der Welt und der ewige Kreislauf der Schöpfung.

Komplett in 14 Lieferungen Großoktav à 25 Pf.
Preis broschiert M. 3.50. Gebunden M. 4.75.

Zu beziehen durch die

**Volksbuchhandlung,** Geiststraße 21.

Freitag **Schlachtefest.** **J. Bause** Advokatenweg 30.



Freitag **Schlachte-Fest.** **O. Schurig.** Kapellenstr. 6. Unterbg.

Beachten Sie die

**Sportwagen-Ausstellung**

in der Ritter Passage. — Viele Neuheiten.

**C. F. Ritter**

Halle a. S., Leipzigerstrasse 90.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlst. Zeitz.**

Sonnabend den 21. Juni abends 8½ Uhr bei Schindler

**Mitglieder-Versammlung.**

Tagesordnung: 1. Ergänzungswahl des Vorstandes. 2. Bericht vom Gewerkschaftskartell. 3. Bekanntgebung der neuen Statuten des Verbandes. 4. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Lokalverwaltung.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler u. and. gewerbl. Arb. Sitz Hamburg. Zahlst. Zeitz.**

Sonnabend den 21. Juni abends 8½ Uhr im „Franziskaner-Keller"

**Mitglieder-Versammlung.**

Tagesordnung: Statutarisch festgelegte Neuwahl der Ortsverwaltung.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ist erwünscht.

Die Ortsverwaltung.

**Freie Turnerschaft Weißenfels.**

Zu unserem am Sonntag d. 22. Juni im Restaurant „Zur Reichskrone" stattfindenden

**Kränzchen** verbunden mit **Preisschießen**

erlauben wir uns hierdurch ergebenst einzuladen. Der Vorstand.

Anfang nachm. 3½ Uhr.

**Apollo-Theater.**

Direktion: **Gustav Poller.**

Täglich abends 8 Uhr

In den prächtigen, schattigen, allabendlich elektrisch beleuchteten und illuminierten Gartenanlagen:

**Großes Konzert u. Vorstellung.**

**5 Sisters Wanton,** akrobatisches Gesang- u. Tanz-Damen-Ensemble. — **3 Teherans,** persische Reifenspieler. **Neuheit.** — **Mr. Edgar Jones,** der urkom. Neger-Musikal-Exzentric. — **Rheingold-Trio,** humorist. Herren-Gesangs-Terzett mit neuen Schlagern. — **Ada Francis, „Elfenzauber in den Wolken".** Gesang und Tanz in der Luft. — **Richard Reichert,** Gesangshumorist mit neuem aktuell. Programm. — **Stephanie Verrier** Kostümsoubrette.

Anfang 8 Uhr. Ende geg. 11 Uhr.

**Verein deutscher Schuhmacher Weissenfels.**

**Sonnabend den 21. Juni abends 8½ Uhr**

**Vortrag**

des Herrn **Wilhelm Wittig,** Leipzig, über: **Naturerkenntnis früher und jetzt.** Diskussion und Verschiedenes.

**Die Ortsverwaltung.**

**Burg — Reideburg.**

**Sonntag den 22. Juni im Gasthof zur Nachtigall**

**10jähr. Stiftungsfest des Gesangver. Polyhymnia.**

**Anwesend ca. 400 Sänger.**

Empfang der Vereine 12 Uhr. Umzug durch die Ortschaften 2 Uhr.

Von 3 Uhr ab **großes Gesangs-Konzert.**

Nachdem **Ball** in den Sälen der Herren **H. Kersten,** Burg und **L. Heinert,** Reideburg.

Hierzu ladet freundlichst ein Der Vorstand.

**Frische kurzgepflückte Kamillen**

kauft jedes Quantum zu höchst. Preisen

**Gr. Märkerstraße 7.**

**Brot! Brot!**

**groß und kräftig** empfiehlt die

**Bäckerei A. Bornschein**

**Geiststraße 20.**

**Gute Speise-Kartoffeln**

und ein Posten

**Futterkartoffeln**

hat abzugeben

**O. Heller, Steinweg 32.**

**Friedr. Hoefer, Rathauskeller.**

**Frisch eingetroffen:**

**Frische große Bratheringe, die Dose 2.40 Pf.**

**Frische große Bratheringe, bei 5 Dosen die Dose 2.30 M.**

**Grude-Oefen**

**in allen Preislagen v. 5.50 M.**

an empfiehlt

**K. Feustel,** Schlossermeister

Kuttelhof 8 u. Herrenstr. 11.

Freitag **Schlachte-Fest.** **G. Gerig,** **Rosenstraße 2.**

Morgen Freitag fr. Wurst u. Bratwurst **F. Bermich. Zeitz,** Mittelstr.

**Inserate**

**sowie Abonnements**

**fürs Volksblatt**

nimmt an

**Richard Schaffer**

**Löbejün.**

**Einen tüchtigen Glasergesellen**

sucht sofort

**R. Angern,** Glasermstr., Teuchern.


Zurückgekehrt vom Begräbnis unserer lieben Mutter der Witwe

**Friederike Mädicke,**

sagen wir allen unsern herzlichen Dank für die liebe Teilnahme und die schönen Kranzspenden. Ganz besonders Dank dem Herrn Pastor Werner für die schöne Grabrede und Herrn Kantor Weiland samt seiner lieben Schuljugend für den schönen Gesang. Auch noch besonders vielen Dank dem Vaterländischen Frauenverein für die gütige Pflege durch Schwester Hedwig.

Die trauernden Hinterbliebenen **Mädicke** und **Vollmer,** Osendorf.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020620-11/fragment/page=0004

# Beilage zum Volksblatt.

Nr. 141 — Halle a. S., Freitag den 20 Juni 1902. — 13. Jahrg.

## Vierter deutscher Gewerkschaftskongreß.

Stuttgart, den 17. Juni.

### Zweiter Verhandlungstag.

Nachmittagssitzung.

**Bömelburg** eröffnet die Sitzung. Der Kongreß ist damit einverstanden, daß Donnerstag, um den geplanten Nachmittagsausflug zu ermöglichen, von 8 bis 2 Uhr getagt wird, daß für Freitag aber eventuell eine Abendsitzung in Aussicht genommen wird.

Im Namen der englischen Delegierten erklärt b. Elm-Hamburg, daß in den Debatten die irrtümliche Meinung hervorgetreten sei, als sei die General Federation of Trade Unions ein sozialdemokratischer Gewerkschaftsverband. Sie selbst seien Sozialdemokraten, aber der Verband sei durchaus nicht sozialdemokratisch, es gehörten ihm auch Angehörige anderer Parteien an.

Es ist eine genügend unterstützte Resolution von **Sachse**-Zwickau eingegangen, welche lautet:

„Der Kongreß lehnt es ab, die Buchdruckergewerkschaft als gleichberechtigte Organisation anzuerkennen, er ersucht aber beide Organisationen, sich zu vereinigen auf der Grundlage, daß alle vom Verband ausgeschlossenen Mitglieder, unter der Voraussetzung, daß die „Gewerkschaft" sich auflöst, mit ihren alten Kassenrechten wieder aufgenommen werden."

Die Diskussion über den Antrag Kassel und die Buchdruckerfrage wird fortgesetzt.

**Decker**-Hamburg: In dem Buchdruckerstreit haben beide Teile gesündigt. Die Stimmung gegen die Buchdrucker resultiert aus dem Verhalten der Buchdrucker, die nicht immer solidarisch mit den anderen Arbeitern vorgehen. Der politischen Partei werfen die Buchdrucker fortgesetzt Knüppel zwischen die Beine. Massini will ordentlich dreinhauen. Wir halten nicht stille. Bielleicht holt er sich aus einem Laden hier Gummischläuche. Ich bin aber der letzte, der die Buchdrucker etwa ausschließen will.

Gegen einen Schlußantrag spricht

**Albrecht**-Halle: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sei angegriffen worden und wolle sich verteidigen. Sachse habe zu diesem Zwecke das Wort erbeten.

Der Schlußantrag wird daraufhin abgelehnt.

Fräulein **Imle**-Berlin: Die Konsequenz eines strikt parteipolitischen Standpunktes wäre die, daß die Lokalorganisationen die Gewerkschaftler par excellence seien, und doch fallen diese oft genug den Zentralverbänden in den Rücken. Das fortwährende Betonen des sozialdemokratischen Standpunktes fördert nur die Sonderbündelei. Ich gehöre auch zu den Sündern, die die Meinung der Generalkommission nicht teilen, daß sie mit den anderen Arbeiterorganisationen nur in Verbindung treten kann, um sie zu desorganisieren. Wo Klassengenossen in Frage kommen, da muß man herzlich und freudig die Hand zur Verständigung bieten. Es ist nicht angebracht, die Sonderorganisationen alle für dumm und verfehlt zu halten, so lange wir selbst kein gutes Gewissen haben. Hier ist nur von wenigen der Neutralitätsstandpunkt eingehalten worden. Freie Betätigung innerhalb der Gewerkschaften wird führen als der jetzt herrschende Doktrinarismus. Die Sozialdemokratie würde dann mehr Unterstützung durch die Gewerkschaften finden als jetzt. Grau ist alle Theorie, und grün des Lebens, der Praxis, goldner Baum.

**Kirschnick**-Berlin polemisiert gegen die Buchdrucker, die egoistischeste Gewerkschaft. Ohne daß sich Gewerkschaften auf die politische Partei stützen, können sie nichts erreichen. Die politische Aktion muß deshalb aufs kräftigste von uns unterstützt werden.

**Sachse**-Zwickau verteidigt gegen Reyhäuser den Beschluß des Bergarbeiterverbandes auf Verstaatlichung der Bergwerke. Die Mißstimmung gegen die Buchdrucker resultiert aus ihrem aristokratischen Auftreten den anderen Arbeitern gegenüber. Wer sich aber hinaufgearbeitet hat, darf nicht glauben, er könne die unteren Schichten entbehren. Der Kernpunkt des Hasses ist der Ausschluß der Leipziger Gewerkschaftskollegen von ihren Kassenrechten. Ehe man so schwerwiegende Maßregeln ergreift, soll man es sich zehnmal überlegen. Eine Verständigung ist meiner Meinung nach nötig. Es kann keine Rede sein, die Buchdruckergewerkschaft anzuerkennen. Ihre Gründung war ein Fehler, aber ich wiederhole, eine Verständigung muß gesucht werden. Die Erfolge der Buchdrucker beruhen zum guten Teil auf den Stützpunkten, deren sie in den Offizinen der Parteipresse haben. (Widerspruch bei den Buchdruckern.) Die Reichstagsfraktion gegen Reyhäuser in Schutz zu nehmen, der geschrieben hat, „was haben die 57 Sozialdemokraten im Reichstag für den Fortgang der Sozialreform gethan," habe ich nicht nötig. Wenn ein Bismarck sogar anerkannt hat, daß es ohne Sozialdemokratie keine Sozialreform gäbe, brauchen wir das Anerkenntnis Reyhäusers nicht. Ich möchte noch sagen: Wenn Reyhäuser die Redakteurstelle in Zwickau erhalten hätte, um die er sich beworben hat, er stünde heute auf einem andern Standpunkt. (Rufe bei den Buchdruckern.)

Einen Schlußantrag bekämpft **Stühmer**-Hamburg. Nachdem der Vorredner alles von der Leber geredet hat, was er auf der Lunge hatte (Stürmische Heiterkeit), können wir nicht Schluß der Debatte machen.

Der Schlußantrag wird angenommen.

In einer persönlichen Bemerkung erwidert Reyhäuser, daß seine Haltung nicht dadurch beeinflußt sei, ob er eine Stellung in der Parteipresse erhalten oder nicht erhalten habe. Er stelle fest, daß ihm die Stelle in Zwickau angeboten worden sei, ebenso sei ihm vom früheren Abgeordneten Albert Schmidt ein zweites Mal eine Stelle angeboten worden, die er abgelehnt habe.

Ueber den Antrag Kassel geht der Kongreß zur Tagesordnung über.

Zur Resolution Sachse erklärt **Döblin**, daß der Buchdruckerverband für den Inhalt nicht eintreten kann, er bitte den Kongreß, über die Resolution nicht abstimmen zu lassen.

**Bömelburg** schlägt vor, sich im allgemeinen für eine Verständigung zwischen Verband und Gewerkschaft auszusprechen und die Resolution zurückzuziehen.

Die Resolution Sachse wird zurückgezogen, der Meinung Bömelburgs beigetreten.

Zu einer Resolution:

„Der Kongreß spricht die Hoffnung aus, daß der Correspondent der Buchdrucker zukünftig die Angriffe unterlassen wird, die sich gegen die gesamte sozialdemokratische Partei richten, er erwartet aber auch, daß in der sozialdemokratischen Presse alle Angriffe gegen die Buchdrucker eingestellt werden," giebt

**Reyhäuser**-Leipzig die Erklärung ab: Die Resolution ist gegenstandslos. Ich erkläre, daß es mir fern liegt, die sozialdemokratische Partei anzugreifen. Was nützen alle frommen Wünsche, wenn die Entwicklung anders läuft. Ich will der Partei keine Schwierigkeiten machen, aber ich verlange von der Parteipresse, was sie vom Correspondent verlangt.

**Bömelburg**-Hamburg zieht folgendes Fazit. Die Debatte hat ergeben, daß Uebereinstimmung darüber herrscht, daß keine Trennung zwischen Partei und Gewerkschaften statthaben kann, daß beide sich ergänzen müssen. Es herrschte weiter Uebereinstimmung, daß der Correspondent häufig gegen die Partei über die Schnur gehauen hat, andererseits war aber auch die Meinung allgemein, daß einzelne sozialdemokratische Parteiblätter sich des gleichen Vergehens schuldig gemacht haben. Wenn der Kongreß das als übereinstimmende Meinung ausspricht, so erübrigt sich jede weitere Abstimmung.

Der Kongreß ist mit Bömelburg einverstanden.

Ueber den nächsten Punkt „Agitation unter den Arbeiterinnen" berichtet Frau **M. Tietz**-Berlin. Die Frage der Organisation der Arbeiterinnen ist äußerst wichtig, schon wegen der Konkurrenz, die die Frauenarbeit der Männerarbeit macht. In der Zeit der Krisis wird die Männerarbeit in erhöhtem Maße reduziert und durch billigere Frauenarbeit ersetzt. Von den Männern wird aber viel zu wenig für die Frauenorganisation gethan, speziell die am besten situierten Arbeiter thun nach der Richtung am wenigsten. Die Frauenorganisationen sind im Verhältnis zu den in den einzelnen Gewerben beschäftigten Frauen sehr schwach. Außer in der Textile, der Metall- und Porzellan-Industrie ist eine wesentliche Steigerung der Frauenarbeit in der Tabak-Industrie (Zigarettenbranche) und Buchbinderei eingetreten. Daß die Organisationen der Arbeiterinnen so schwach sind, liegt daran, daß die Agitation bisher keine planmäßige war. Die relativ besten Erfolge haben wir bei den Buchbindern, es folgen dann die Schuhmacher, die Buchdruckereihilfsarbeiter, dann die Metallarbeiter. An letzter Stelle stehen die Textilarbeiter, obwohl in der Textil-Industrie die meisten weiblichen Kräfte beschäftigt sind. Hier sind die niedrigen Löhne und die große Zahl der hier beschäftigten jugendlichen Arbeiter schuld an der geringen Ziffer. Die Organisation der Arbeiterinnen ist bisher immer als Stiefkind behandelt worden. Man hat die Frauen wenig aufgeklärt. Erst allmählich hat sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß die weibliche Arbeitskraft der männlichen gleichwertig gestellt werden muß. Heute aber sagen noch viele Männer, der Indifferentismus der Frauen ist nicht zu bekämpfen. Das Solidaritätsgefühl liegt den Frauen nicht wie den Männern im Blute. Die Meinung ist falsch. Die Männer haben es auch erst lernen müssen, den Frauen muß es noch gelehrt werden. Es muß bei uns Frauen ebenso systematisch gearbeitet werden wie bei den Männern.

Die von den männlichen Arbeitern angenommenen Tarife schützen die weiblichen Arbeitskräfte sehr billig ein. Der Buchbindertarif setzt für männliche Arbeit in Stuttgart 41, in Berlin 45 Pfennig, für weibliche Arbeit 21 bezw. 25 Pf. fest. Da können die Arbeiterinnen nicht viel Vertrauen zu ihren männlichen Kollegen haben. Das heißt die Arbeit der Prinzipale machen. Die großen Verbände glaubten alles gethan zu haben, wenn sie eine Frau auf eine Agitationstour schicken. Damit ist aber nicht allzu viel geholfen. Es muß planmäßige Kleinarbeit verrichtet werden. Mit der Werkstatt-Agitation sind ganz gute Erfahrungen gemacht worden. In Berlin sind in der Wäschebranche gute Erfolge erzielt worden. Die Einladungen erfolgten durch Handzettel für jede einzelne Firma. Die bei der betreffenden Firma Beschäftigten fühlten sich durch diese Einladungen so persönlich getroffen, daß sie in die Versammlungen kamen. Die Organisationen für Arbeiterinnen müssen anders ausgebaut werden wie die für die Männer. Die Reise-Unterstützung ist für die Frauen-Organisationen nicht übertragbar, dagegen die Arbeitslosen-Versicherung. In England sind Gewerkschaften dazu übergegangen, den Frauen Brautaussteuern zu gewähren. (Heiterkeit.) Der Gedanke ist nicht so von der Hand zu weisen. In der Auswahl der Agitatoren muß Vorsicht walten. Die Rednerin schlägt schließlich unter lebhaftem Beifall folgende Resolution vor:

„Es ist im Interesse der organisierten Arbeiter dringend geboten, daß sie in allen jenen Industrien, welche weibliche Arbeiter beschäftigen, eine kräftige und planmäßige Agitation zur Aufklärung und Heranziehung der Kolleginnen entfalten.

Die weitgehenden technischen Fortschritte sowohl wie die Teilarbeit, welche die Hausindustrie begünstigt, ermöglichen die Einstellung ungelernter Kräfte, welche, so lange sie nicht für die Organisation gewonnen sind, gefährliche Konkurrenten bleiben. Mit ihrer Hilfe gelingt es den Unternehmern, immer weitere Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen, welche die gesamte Arbeiterschaft aufs empfindlichste schädigen.

Um die Arbeiterinnen den Organisationen zuzuführen, empfiehlt es sich, außer den allgemeinen Agitationsversammlungen regelmäßig Werkstattsitzungen abzuhalten, in welchen die Arbeiterinnen systematisch über Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgeklärt und ihnen Gelegenheit gegeben wird, die Bestimmungen der Gewerbeordnung wie überhaupt die Arbeiterschutzgesetze kennen zu lernen.

Um aber die Agitation unter den Arbeiterinnen planmäßig in die Wege zu leiten, wäre den in Frage kommenden Gewerkschaften zu empfehlen, einen Beamten speziell nur mit den dafür nötigen Arbeiten zu betrauen."

In der Diskussion erklärt sich

**Pfütze**-Leipzig im wesentlichen mit der Resolution einverstanden. Es sei schwer, die Arbeiterinnen in der Organisation zu halten. Die organisierten Arbeiter sollten ihre Frauen und Töchter zur Organisierung in ihren Berufen anhalten. Die Angriffe der Referentin auf den Buchbinderberuf seien ungerecht. Für die Arbeiterinnen bedeute der Tarif einen großen Fortschritt. Die gleiche Bezahlung von Männer- und Frauenarbeit sei jetzt noch nicht durchführbar.

**Ritter**-Berlin bespricht die Verhältnisse im Schneidergewerbe. Er beantragt einen Zusatz: „Als das wichtigste Agitationsmittel ist die Forderung aufzustellen, daß sämtliche organisierten männlichen Arbeiter dafür sorgen, daß ihre weiblichen Familienangehörigen den Organisationen der Berufe, in denen sie beschäftigt sind, beitreten."

**Brückner**-Berlin erklärt, daß die schlechter bezahlte weibliche Arbeit in den Buchbindereien andere Arbeit ist als die besser bezahlte Männerarbeit. Wenn Agitation unter den Frauen getrieben werden soll, muß sie zusammen mit der männlichen Agitation getrieben werden.

Frau **Thiede**-Berlin: Eine gemeinsame Organisation ist das Ideale. Die Verhältnisse machen aber häufig getrennte Organisationen notwendig. Wenn man sich intensiv mit der Frauenorganisation beschäftigt, hat man auch gute Erfolge. Unser Antrag, eine Frauenagitationskommission zu gründen, ist leider nicht genügend unterstützt worden. Wir wollen damit keine Frauengeneralkommission bilden, sondern nur die Agitation unter den weiblichen Arbeiterinnen fördern. Die Organisation der Frauen wird für die Männer bald brennend werden. Heute beurteilt man die Anträge der Frauen noch immer skeptisch. Man denkt, das sind so fixe Ideen der Frauen, mit denen doch nichts zu machen ist, denn die wollen doch bloß heiraten. (Heiterkeit.) Aber zum Heiraten gehören zwei. Auch die Männer denken daran. (Heiterkeit.) Ich hoffe, die heutige Debatte wird dazu beitragen, die Frauenfrage ernster zu betrachten.

**Cohen**-Berlin: Es ist richtig, daß die Frauenfrage immer brennender wird. Bisher fehlte es an geeigneten Kräften für die Frauenagitation. Unsere Frauenagitatoren mögen vom besten Willen beseelt sein, sie treffen aber selten den richtigen Ton für die noch indifferenten Massen. Ich nehme Frau Tietz hier ausdrücklich aus. Das englische Beispiel der Brautausteuer wollen wir nicht nachahmen. Schließlich müßten wir dann noch den Bräutigam dazu liefern. (Heiterkeit.) Der Resolution stimme ich zu bis auf den letzten Punkt, der zu sehr auf die Metallarbeiterbranche zugeschnitten ist.

Frau **Tietz**-Hamburg: Im Gegensatz zu Frau Thiede bin ich der Meinung, daß die Frauenorganisation schwieriger ist als die Männerorganisation. Die Schwierigkeit liegt hauptsächlich darin, daß die Mädchen die Arbeit nur als Durchgangsstation betrachten. Muß dann die Frau wieder arbeiten, so schließt sie sich der Organisation schwer an, weil sie aus falsch verstandener Mutterliebe jeden Groschen für die Organisation für überflüssig hält. Der Vorredner hatte recht mit seiner Klage über ungeeignete Agitation. Man muß nur Dinge berühren, die die Frauen auch verstehen und für die sie sich auch interessieren. Mit allgemein politischen Vorträgen gewinnt man sie nicht. Diese Vorträge haben Zeit, wenn die Organisation fest begründet ist. Wir haben noch nicht genügend Kräfte für eine planmäßige Agitation. Es müssen in den einzelnen Branchen geeignete Mitarbeiter herangezogen werden. Die Kräfte schlummern aber, sie harren nur der Erweckung. Den Zusatzantrag Ritter unterstütze ich. Von den Frauen organisierter Arbeiter ist mir wiederholt erklärt worden: Mein Mann ist organisiert, was brauche ich noch organisiert zu sein. Die Männer müssen hier aufklärend wirken. Selbstverständlich ist es, daß wir keine besondern Frauenorganisationen, sondern uns den bestehenden Organisationen anglieder wollen. (Lebh. Beifall.)

**Bieweg**-Sebnitz lenkt die Aufmerksamkeit auf die zeitlich unbegrenzte Hausarbeit der Frauen. Hier muß die Kleinarbeit einsetzen. In Sebnitz drücken die niedrigen Löhne in der Hausindustrie die andern Löhne. Selbst die Buchdrucker leiden darunter. Die Frauen werden materiell ausgebeutet, oft ist ihre Ehre mit im Spiel.

Frau **Ihrer**-Berlin: Die Agitation muß bei den neugewonnenen Mitgliedern erst ordentlich einsetzen; dann wird man sie auch in der Organisation halten. Ein Hindernis für die Organisation besteht darin, daß die Männer ihre weiblichen Hilfskräfte nicht als ihre Kolleginnen betrachten, sondern sie ebenso schlecht behandeln wie die Unternehmer. Das läßt die Arbeiterinnen kein Vertrauen zu den männlichen Arbeitern gewinnen. Der neue Buchbindertarif mit seinen differenzierten Löhnen für Männer- und Frauenarbeit ist in Wahrheit Wasser auf die Mühle der Unternehmer. Es muß hier endlich Theorie und Praxis in Einklang zu bringen versucht werden, und ich hoffe, die Gewerkschaften werden hier ehrlicher zu Werke gehen, als gewisse andere Leute. Die Fluktuation der weiblichen Arbeiterinnen legt es nahe, in allen Branchen Organisationen zu gründen.

Frau **Kähler**-Dresden empfiehlt für die Hausindustrie Agitation von Haus zu Haus. Sie beantragt, in die Resolution das Wort „Hausagitation" einzufügen. Weiter sollten die Gewerkschaftskartelle Beschwerdekommissionen für Frauenangelegenheiten einrichten.

An der weiteren Debatte beteiligten sich noch **Kiesel**-Berlin, **Josephsohn**-Hamburg, **Legien**, **Schumann**-Berlin, **Döring**-Hamburg, **Poersch**-Berlin, **Rohrlack**-Stettin.

Bevor die Debatte geschlossen wird und Frau **Tietz**-Berlin das Schlußwort hält, wird noch folgende Resolution **Müller** beantragt:

„Der Kongreß hält es für notwendig, daß die Gewerkschaften mehr Wert als bisher auf die Gewinnung von Arbeiterinnen zur Organisation legen. Als wichtigstes Mittel, um die Arbeiterinnen an die Organisation zu fesseln, empfiehlt der Kongreß, solche Unterstützungen einzuführen, welche den Verhältnissen der Arbeiterinnen entsprechen, nämlich in Krankheitsfällen, Wöchnerinnenunterstützung usw."

Außerdem liegt eine Resolution Rudolph vor, wonach die Generalkommission die Frauenagitation energischer betreiben und für schwache Verbände die Kosten übernehmen soll.

Der Zusatzantrag **Ritter** und das Amendement der Frau **Kähler** (Hausagitation) werden angenommen, ebenso die ganze Resolution **Tietz**.

Auch den Resolutionen **Rudolph** und **Müller** wird mit großer Mehrheit zugestimmt.

Damit ist die Sitzung um 3/4 7 Uhr beendet.

Heute abend findet eine Besprechung der Generalkommission mit den Ausländern statt.

---

Stuttgart, 18. Juni 1902.

### Dritter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

**Bömelburg** eröffnet die Sitzung.

**Meusch**-Leipzig erstattet den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es sind 156 Mandate für giltig erklärt worden. Diese Mandate werden von 155 Delegierten ausgeübt, die 681 118 Stimmen vertreten. Der Vertreter der Portefeuiller wurde vorläufig nicht zugelassen. Nachdem aber der Vorsitzende des Verbands der Portefeuiller sich mit dem Frankfurter Memorandum einverstanden erklärt hat, wonach eine Konkurrenz des Verbandes der Portefeuiller mit dem Verband der Buchbinder ausgeschlossen ist, stellt die Kommission es dem Kongreß anheim, den Vertreter als Gast zuzulassen.

Für ungiltig erklärt wurde das Mandat von Frl. Imle, weil der Verband der Bureau-Angestellten, der sie entsandt hat, keine Beiträge über drei Quartale an die Generalkommission entrichtet und auch nicht um die statutengemäße Stundung derselben nachgesucht hat.

Abgelehnt wurde die Zulassung von Vertretern der Gewerkschaftskartelle.

Den Vertretern des Vereins Arbeiterpresse soll bei den Punkten Arbeitersekretariat und Unterstützungsfonds für Gewerkschaftsbeamte beratende Stimme eingeräumt werden.

In Bant ist vom Gewerkschaftskartell eine Resolution gegen die Buchdrucker gefaßt worden, in der diese ausgeschlossen wurden, weil sie als nicht mehr auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehend anerkannt werden könnten. Infolge einer Beschwerde der Buchdrucker ist die Mandatsprüfungskommission damit befaßt worden. Die Kommission empfiehlt dem Kongreß, dem Banter Gewerkschaftskartell seine Mißbilligung auszusprechen.

Das Mandat des Frl. Imle wird vom Kongreß „großmütig" für giltig erklärt unter der Voraussetzung, daß die restierenden Beiträge vom Verband der Bureauangestellten nachgezahlt, auch die laufenden Beiträge fortgezahlt werden. Es wird ausdrücklich betont, daß sich auf künftigen Kongressen andere Organisationen mit ähnlichen Sünden nicht auf diesen einen Fall berufen dürfen.

Im übrigen stimmt der Kongreß den Vorschlägen der Mandatsprüfungskommission einstimmig zu.

Der Kongreß fährt hierauf in der Beratung der Tagesordnung fort.

Die Punkte „Allgemeine Agitation" und „Correspondenzblatt" werden zusammen behandelt.

Es liegen dazu Anträge vor, die Unterrichtskurse über Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbewegung in verschiedenen Orten Deutschlands, die Bildung von Provinzialagitationskommissionen, die Veröffentlichung aller die Gewerkschaften berührenden Gerichtsurteile im „Correspondenzblatt", ein wöchentliches Erscheinen des polnischen Gewerkschaftsblattes „Oswiata" und „zur Förderung der Agitation am Niederrhein" von der Generalkommission dort die Errichtung und Erhaltung einer Kommission verlangen. Ein weiterer Antrag verlangt freie Lieferung des „Correspondenzblattes" an die Gewerkschaftskartelle.

**Legien** äußert sich zu den Anträgen. Die Errichtung von Unterrichtskursen sei von der Zentralinstanz technisch nicht durchzuführen. Die Errichtung von Provinzialagitationskommissionen sei wünschenswert, die Generalkommission betrachte den Antrag als Anregung. Die Zusammenstellung der Gerichtsurteile würde

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020620-11/fragment/page=0005

zu umfangreich werden. Wer das Material nicht gründlich studiert habe, werde sich auch kaum darin zurechtfinden.

Die Rechtsprechung machte gerade in den die Gewerkschaftsbewegung so eng berührenden Fragen des Vereins- und Versammlungsrechts fortwährend Aenderungen durch. Je nach der mehr oder weniger liberalen Auffassung der Richter werden diese aus der Reaktionsperiode stammenden Gesetze mehr oder weniger liberal ausgelegt. Er halte es fürs beste, daß die letzten beiden Anträge zurückgezogen werden. Die Kosten für die Oswiata werden jetzt nur zum Teil von der Generalkommission getragen. Werde die Oswiata durch Beschluß des Kongresses in ein wöchentlich erscheinendes Blatt umgewandelt, so würde die Oswiata die ganzen Mehrkosten allein zu tragen haben, was jedenfalls der Kongreß nicht wolle. Man könne also nur die Generalkommission beauftragen, mit den beteiligten Faktoren sich über die genannte Frage zu verständigen. Der Agitation am Niederrhein werde von der Generalkommission die größte Aufmerksamkeit geschenkt; er bitte, den Antrag auf Errichtung einer besonderen Agitationskommission der neu zu wählenden Generalkommission zur Erwägung zu überweisen. Das Correspondenzblatt werde in so vielen Exemplaren versandt, als die Vorstände verlangen, der Antrag auf Lieferung an die Kartelle sei deshalb überflüssig.

In der Diskussion kommen zahlreiche Wünsche auf Förderung der Agitation in einzelnen Distrikten wie in einzelnen Gewerben, so dem Müllereigewerbe, zum Ausdruck.

**Tischendörfer** tritt mit Nachdruck für die Errichtung von Unterrichtskursen ein, die namentlich für die sehr auf sich selbst angewiesenen Gewerkschaftsführer in den Mittelstädten sehr fruchtbringend sein würden.

**Rexhäuser** hält den Gedanken der Unterrichtskurse für gut gemeint, aber für praktisch undurchführbar.

**Rohrlack**-Stettin beantragt, im Correspondenzblatt eine regelmäßige tabellarische Uebersicht über die Streikstatistik zu veröffentlichen.

**Legien** hält es für besser, diese Uebersicht in dem von der Generalkommission herauszugebenden Statistischen Handbuch zu veröffentlichen.

Gegen die Herausgabe des Statistischen Handbuchs wendet sich Rexhäuser, er unterstützt den Antrag Rohrlack.

**Silberschmidt**-Berlin tritt für Förderung der Agitation in den Grenzdistrikten, namentlich in der Textil-, Metallarbeiter- und Bauarbeiterbranche ein, eventuell unter Schaffung neuer Stützpunkte, wie sie bereits in Posen und anderswo gegründet worden sind. Er wünscht weiter, daß die Generalkommission und die Verbände die freien Hilfskassen bei aller Anerkennung ihrer früheren großen Leistungen jetzt als überlebt betrachten, und die guten Kräfte, die noch dort thätig sind, den Ortskrankenkassen, die heute viel größere Bedeutung haben, zugänglich gemacht werden. Den Ortskrankenkassen liegt der Ausbau großer sozialpolitischer Einrichtungen, wie Lungenheilstätten, Erholungsstätten ob, für welche die in den Gewerkschaften lebendigen Kräfte nutzbar zu machen seien. Auch den Handwerkskammern müssen Generalkommission und Verbände größere Aufmerksamkeit schenken. Die Gewerkschaftler sollten in Gesellenausschüsse gehen und dort auf die Gestaltung des Lehrlingswesens einwirken.

Von verschiedenen Seiten wird gewünscht, daß das Correspondenzblatt „aufgeschnitten" geliefert wird.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Der Antrag betr. Errichtung von Unterrichtskursen wird der Generalkommission überwiesen.

Weiter wird beschlossen: Der Kongreß empfiehlt den Gewerkschaften ein gemeinschaftliches Arbeiten der Organisationsleute an den größeren Orten durch Zusammenkünfte nach Bedarf.

Der Antrag Rohrlack, im Correspondenzblatt regelmäßig eine tabellarische Streikübersicht zu veröffentlichen, wird der Generalkommission zur Erwägung überwiesen.

Der Antrag auf Zusammenstellung der wichtigen Gerichtsurteile im Correspondenzblatt wird abgelehnt, ebenso der Antrag, die Oswiata wöchentlich erscheinen zu lassen.

Der Beschluß des Frankfurter Kongresses betreffend die Herausgabe eines Jahrbuches der Gewerkschaften wird aufrecht erhalten.

Der Antrag auf Errichtung einer Agitationskommission am Niederrhein wird der Generalkommission zur Erwägung überwiesen.

Der Antrag, das Correspondenzblatt aufgeschnitten zu liefern, wird der Generalkommission zur Berücksichtigung überwiesen. Der Antrag, das Correspondenzblatt den Gewerkschaftskartellen frei zu liefern, wird abgelehnt.

Nach der Verlesung einiger Begrüßungen durch den Vorsitzenden Bömelburg tritt die Mittagspause ein.

## Der Sanden-Prozeß.

Nach Eröffnung der Dienstag-Verhandlung wird der Zeuge Singer, früher kaufmännischer Leiter der Gesellschaft Peyold u. Co., vernommen, um über diese Gesellschaft und ihre Verbindung mit der Preußischen Hypothekenaktienbank auszusagen. Schon im Jahre 1892 hätten sich die Verhältnisse der Gesellschaft in keinem besonders guten Zustande befunden, sodaß die angebahnte Verbindung mit der Preußischen Hypothekenaktienbank für sie unbedingt notwendig gewesen sei. Der Zeuge erklärt, er habe in dieser Angelegenheit mit Buchmüller und Eduard Sanden, aber niemals mit Heinrich Schmidt verhandelt. Der Niedergang der Gesellschaft erkläre sich daraus, daß ihr die feste, gesunde Basis fehlte, und sie von Anfang an krank gewesen sei. Angeklagter Buchmüller bemerkt, ein persönliches Interesse an der Gesellschaft habe er nicht gehabt; sein Bruder sei früher daran beteiligt gewesen. Angeklagter Eduard Sanden sagt aus, er habe keineswegs geglaubt, daß sich die Gesellschaft in so ungünstiger Lage befand, wie der Zeuge sie geschildert.

Die Verhandlung wendet sich dann dem fünften Abschnitt der Anklage, der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr zu. Hierbei sind interessiert Otto Sanden, Alexander Haenschke, Eduard Schmidt und Eduard Sanden. Sämtlichen wird Verschleierung der Bilanzen in idealer Konkurrenz mit Untreue vorgeworfen. Die Aktiengesellschaft war Eigentümerin einer Menge unbebauter Grundstücke und hat am Ende jedes Geschäftsjahres den Wert der Grundstücke, die sie im Laufe des Geschäftsjahres nicht hatte verkaufen können, dadurch erhöht, daß sie ihnen 1. die eingezahlten Zinsen auf die eingetragenen Hypotheken, 2. die gehabten Unkosten und 3. 5 Proz. der Differenz zwischen den Buchwerten der Grundstücke und ihrer hypothekarischen Belastung zugeschrieben hat. In dem Gutachten des Kommerzienrats Lucas wird dieses Verfahren als durchaus unzulässig bezeichnet. Hierüber erhebt sich eine längere und mit vielen kaufmännisch-technischen Einzelfragen ausgestellte Debatte. Die Angeklagten Haenschke und Otto Sanden bestreiten ganz entschieden, sich einer Bilanzverschleierung schuldig gemacht zu haben. Sie behaupten ferner, daß die Buchführung und die Bilanzziehung bei der Aktiengesellschaft eine durchaus mustergiltige gewesen sei. Insbesondere tritt der Angeklagte Otto Sanden mit großer Energie den Anschauungen des Kommerzienrats Lucas entgegen; er sucht nachzuweisen, daß gerade so, wie die Bilanz der Aktiengesellschaft gezogen worden, sie gezogen werden mußte und das Gegenteil wirtschaftlich ganz unrichtig gewesen wäre. Ueber diesen Punkt ergeben sich zwischen dem Sachverständigen Lucas und der Verteidigung ganz erhebliche Differenzen wegen den Anschauungen.

Die Debatte, an der Justizrat Dr. Sello unter Hervorhebung zahlreicher juristischer und kaufmännisch-technischer Gesichtspunkte, sowie die Rechtsanwälte Bollert und Bernstein und die Justizräte Munckel, Kleinfeld und Stern die Anschauungen des Kommerzienrats Lucas als irrig und die Frage des Zinsenzuschlages als mindestens streitig darstellen, währt über zwei Stunden und zeitigt ein ziemlich lebhaftes Für und Wider. Geh.-Rat Hecht legt alsdann eingehend die Methode der Bilanzierung bei Terrains dar und teilt seine Ansicht dahin aus, daß die Aktiengesellschaft nicht berechtigt war, in ihren Bilanzen die gezahlten Zinsen auf die eingetragenen Hypotheken und 5 Prozent der Differenz zwischen den Buchwerten der Grundstücke und ihrer hypothekarischen Belastung dem Wert der Grundstücke zuzuschreiben. Berechtigt sei nur das Zuschreiben gewisser Unkosten zum Kaufpreis. Justizrat Dr. Sello beanstandet, daß Geh.-Rat Hecht als Sachverständiger für diesen Abschnitt figuriert, da er nur für Fragen des Hypothekenbankwesens als Sachverständiger berufen sei, die Aktiengesellschaft aber keine Hypothekenbank sei. Der Gerichtshof beschließt, daß Geh.-Rat Hecht auch für alle Fragen des Bankwesens fungiere.

Nunmehr wird Bücherrevisor Reuter als Zeuge vernommen. Derselbe hält die Aufstellung des Kommerzienrats Lucas nicht für zutreffend, die ganze Kalkulation für unrichtig. Es entbrennen sich wiederum lebhafte Auseinandersetzungen zwischen den Sachverständigen. Der Gerichtshof beschließt, die Bücherrevisoren Kruse, Huschke und Reuter damit zu beauftragen, aus den Büchern der Aktiengesellschaft die Grundstückskaufpreise, die hypothekarische Belastung und das Schicksal jedes einzelnen Grundstücks festzustellen. Die Bücherrevisoren bestätigen alsdann, daß ihnen in ihrer Praxis mehr wie ein Fall vorgekommen sei, wo Terraingesellschaften einen derartigen Zuschlag bezahlter Hypothekenzinsen vorgenommen haben.

Bei einem weiteren Punkte der Anklage handelt es sich um die Aktiengesellschaft, die im Jahre 1883 eine „Spezialreserve" gegründet hatte, für die bis 1899 insgesamt 1 351 000 Mk. verwendet worden sind. Aus dieser Spezialreserve sollen Ausgaben bestritten worden sein, die ordnungsmäßig in die Gewinn- und Verlustrechnung hätten kommen müssen. Durch diese Verwendung der Spezialreserve sollen die Gewinn- und Verlustrechnungen stets ein falsches Bild ergeben haben. Angeklagter Otto Sanden behauptet, daß diese Verwendung der Spezialreserve durchaus erlaubt sei. Die Bücherrevisoren Reuter, Huschke und Kruse können in diesem Verfahren nichts Auffälliges finden. Bei der Verhandlung über einen weiteren Punkt der Anklage, bei dem es sich um Häuserverkäufe an die Neue Berliner Baugesellschaft handelt, wird die Sitzung abgebrochen und auf Mittwoch vertagt.

Am Mittwoch wird zunächst über den Punkt der Anklage verhandelt, bei dem die Bilanz der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr vom Kommerzienrat Lucas bemängelt wird und welcher das Luisentheater in Berlin betrifft. Dieses war Eigentum der Neuen Berliner Baugesellschaft und die Aktiengesellschaft hatte Geld dazu gegeben. Die Aktiengesellschaft hat bei dem Theater erhebliche Verluste erlitten, die sich 1898 auf 127 080 Mark und 1899 auf 248 588 M. beziffert haben sollen. Bemängelt wird, daß diese Verluste in den Bilanzen von 1898 und 1899 als Aktiva erschienen, indem sie einfach der Kreditgesellschaft für Grundbesitz und Industrie zur Last geschrieben wurden. Angeklagter Otto Sanden bestreitet entschieden, daß es sich hier um Verluste handele. Es habe sich lediglich um Vorschüsse gehandelt, und die Hoffnung sei durchaus gerechtfertigt gewesen, daß sich das Theater heben und Verluste nicht entstehen würden.

Der nächste Punkt der Anklage ist ungemein kompliziert. Die Aktiengesellschaft besaß 1895 eine Anzahl Berliner Häuser und ein Bauterrain in Berlin. Auf den Häusern hatte die Preußische Hypothekenaktienbank Hypotheken in Höhe von 644 141 Mark; an dem Terrain war sie insofern beteiligt, als sie die Hälfte des zu erzielenden Gewinnes erhalten sollte. Es hat eine Transaktion stattgefunden, welche von dem Sachverständigen Lucas als eine unerlaubte Handlung bezeichnet wird, weil durch sie die Bilanz vom 31. Dez. 1894 um den Betrag von 557 110 M. nebst Jahreszinsen gefälscht worden sei. Angeklagter Otto Sanden behauptet, daß die Transaktion durchaus korrekt gewesen sei und den Thatsachen entsprechend. Er beantrage, die Bücherrevisoren Huschke, Reuter und Kruse zu beauftragen, die hier in Frage kommenden Verhältnisse zu prüfen. Die Angeklagten Hänschke, Eduard Schmidt und Eduard Sanden halten die Buchungen ebenfalls für korrekt, während Kommerzienrat Lucas das Gegenteil behauptet. Die Bücherrevisoren werden beauftragt, die Thatsachen zu prüfen.

Die Angeklagten Eduard Schmidt, Eduard Sanden, Haenschke und Otto Sanden werden ferner der Untreue beschuldigt, weil durch Aufsichtsratsbeschlüsse vom 7. Februar 1888 und 17. Februar 1894, bei denen Eduard Schmidt und Eduard Sanden mitgewirkt haben, der dem Aufsichtsrat zu Gratifikationen ꝛc. überwiesene Dispositionsfonds zum größten Teile bestimmungswidrig den Angeklagten Haenschke und Eduard Sanden zugewendet worden sei. Angeklagter Otto Sanden behauptet, daß diese Aufsichtsratsbeschlüsse dem Statut nicht widersprächen. Diese Zuwendungen hätten auf besonderen persönlichen Leistungen beruht. Ein weiterer Fall von Untreue wird darin gefunden, daß von dem Gewinn eines Geschäftsjahres die Tantiemen in voller Höhe berechnet und ausgezahlt wurden, die Gewinne selbst aber nicht vollständig zur Verteilung gebracht wurden.

Angeklagter Otto Sanden giebt den Sachverhalt zu, bestreitet aber, daß darin eine Untreue liege. Auch die übrigen Angeklagten bestreiten, sich in diesem Punkte strafbar gemacht zu haben. Kommerzienrat Lucas hält das Verfahren für nicht statthaft; desgleichen Geheimrat Hecht. Justizrat Dr. Sello beantragt, durch Vorlegung der Akten des Polizeipräsidiums festzustellen, daß die Aufsichtsbehörde bei ihrer sorgfältigen Prüfung der Verhältnisse diese Art der Tantiemenberechnung niemals monniert habe. Bücherrevisor Kruse teilt mit, daß die soeben stattgefundene Prüfung ergeben habe, daß thatsächlich seit dem Jahre 1883 in derselben Weise bei der Aktiengesellschaft verfahren und die Tantiemen auch vom Vortrag bezogen worden seien.

Nunmehr wendet sich die Verhandlung dem Verhältnis der Firma Anhalt und Wagner Nachf. zu der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr zu. Der Vorsitzende verbreitet sich in längerer Ausführung über die Geschäftsverbindung beider Firmen und verliest schließlich die zwischen den beiden Firmen abgeschlossenen Verträge vom 30. März 1892, 27. Mai 1892 und 22. Januar 1898. — Donnerstag Fortsetzung der Verhandlung.

## Gerichtssaal.

### Strafkammer.

Halle, 17. Juni.

**Einen kühnen Griff** in die Ladenkasse machten am 17. Mai die bei dem Materialwarenhändler und Restaurateur Kittelmann in der Dessauerstraße im Laden weilenden Arbeiter Gustav Reiche und Friedrich Springer von hier. Sie hatten dort an genannten Tage Schnaps getrunken, und als Kittelmann auf einen Augenblick den Laden verlassen, die Kasse aufgerissen und daraus 20 Mk. genommen, darauf hatten sie sich unsichtbar gemacht. Dem draußen vor dem Laden wartenden Bruder Otto des Friedrich Springer hatten sie Geld abgegeben. Reiche und Otto Springer waren heute wegen Diebstahls und Hehlerei angeklagt, während Friedrich Springer zur Verhandlung nicht erschienen war. Reiche, der gelegentlich einmal in Essen a. d. R. gewesen war, wurde auch noch beschuldigt, einen dort gefundenen goldenen Ohrring nicht abgegeben zu haben. Die Angeklagten bestritten, daß sich der Betrag, den sie bei Kittelmann genommen haben, auf 20 Mk. belaufen hätte. Der Staatsanwalt beantragte gegen den mehrfach vorbestraften Angeklagten Reiche unter Einrechnung einer vorher erhaltenen Strafe 1 Jahr und 10 Tage Zuchthaus und gegen Otto Springer wegen Hehlerei 1 Monat Gefängnis. Das Urteil lautete gegen Reiche auf 1 Jahr 2 Wochen Gefängnis, von welcher Strafe 3 Wochen auf die Haft in Abrechnung gebracht wurden. Otto Springer erhielt 1 Monat Gefängnis.

**Für unzuständig erklärt** hatte sich das Schöffengericht zur Aburteilung einer am 5 Juli v. J. von dem vorgenannten Arbeiter Gustav Reiche begangenen Rüpelei. Anfänglich lautete die Anklage auf Beleidigung. Das Schöffengericht erachtete aber Erregung öffentlichen Aergernisses für erwiesen und übergab die Sache der Strafkammer. Der Angeklagte hatte am Abend des 5. Juli v. J. während des Konzerts im Pfälzer Schießgraben und auf dem Wege nach der Wallstraße mehrere Mädchen und Frauen in unsittlicher Weise belästigt. Die Verhandlung entzog sich wegen Sittengefährdung der Oeffentlichkeit und hatte das Ergebnis, daß der Angeklagte zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt wurde. Diese Strafe wurde aber in das vorgenannte Urteil mit eingerechnet.

**Die Heiratsschwindelei** des Agenten Franz Zörner von hier, der kürzlich wegen Hypothekenschwindels zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, beschäftigte auch die heutige Sitzung. Zörner hatte in den Leipziger Neuesten Nachrichten Inserate veröffentlicht, wonach er Heiraten für junge Damen zu vermitteln habe. Unter anderen bot er eine Brauereibesitzerstochter, „kräftige Figur", mit 23 000 Mark und eine andere junge Dame mit 24 000 Mark aus. Thatsächlich hatte er aber keine Damen an der Hand und jene Inserate nur veröffentlicht, um jungen und auch alten heiratslustigen Männern Vorschüsse abzunehmen. Letzteres war ihm mit gutem Erfolge gelungen, aber die Männer bekamen keine Frauen. Jungen Mädchen gegenüber hatte sich der Angeklagte sehr aufdringlich benommen; denn überall, wo er eine Dame erblickte, suchte er sie für seine Pläne zu gewinnen; er hatte aber damit keinen Erfolg. Das Gericht erkannte dem Strafantrag gemäß unter Einrechnung der kürzlich verhängten Gefängnisstrafe von 9 Monaten auf eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 1 Monat Gefängnis.

**Verworfen** wurde die Berufung des 16jährigen Laubburischen Emil Semmler von hier, der vom Schöffengericht zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt worden ist, weil er den strafunmündigen Knaben Zwanziger angestiftet hat, dessen Eltern eine ganze Menge Rabattmarken vom Konsumverein wegzunehmen. Er ließ sich auf die Marken etwa 5 Mk. Prozente geben und gab mehreren Knaben, die von der Sache wußten, kleinere Beträge zu Naschereien.

**Hohe Strafe** wegen Diebstahls erhielt der Arbeiter Gustav Malwald aus Radegast, der bei dem Gutsbesitzer Eckstein in Löbersdorf im Dienste wiederholt die Rocktaschen voll Hafer mitgenommen hatte. Eines Tages wurden 2 Pfund, 14 Pfg. wert, bei ihm vorgefunden. Das Gericht verurteilte ihn heute wegen Rückfalldiebstahls zu 4 Monaten Gefängnis. Er wollte den Hafer als Kaninchenfutter verwenden.

**Ebenfalls wegen Diebstahls** wurde der Schuhmachergeselle Walter zu 3 Tagen Gefängnis verurteilt, weil er einem Schuhmachermeister Werkzeug weggenommen hatte.

### Zivilkammer.

**Abgewiesen** wurde der Verleger der Saale-Zeitung, der gegen die Verleger der Morgen-Zeitung wegen unlauteren Wettbewerbs klagte. Es handelte sich, wie wir kürzlich berichteten, darum, daß die Morgenzeitung als einzige Frühzeitung bezeichnet worden war. Mit welcher Begründung den Verlegern der Morgenzeitung das Recht eingeräumt wurde, entzieht sich unserer Kenntnis, da das Urteil nicht begründet wurde.

## Versammlungsberichte.

### Müller.

In der Mitglieder-Versammlung vom 15. Juni beschäftigte man sich zunächst mit Erbeben der Beiträge. Hierauf wird mitgeteilt, daß der Streik der Tegeler Kollegen zu deren Gunsten beendet ist. Dann wird das Eingesandt des Kollegen Baumgart-München in unserer Einigkeit einer Kritik unterzogen; dasselbe wurde als nicht stichhaltig bezeichnet. Die hiesige Zahlstelle kann der Hauptverwaltung nur beistimmen in ihren Erörterungen. Hierauf wurden unsere Statuten einer längeren Besprechung unterzogen, und die Kollegen ermahnt, beim event. Wechsel ihrer Stellung die Ab- und Anmeldung pünktlich zu besorgen, wegen der Kontrolle des Arbeitsnachweises und der Arbeitslosen-Unterstützung. Ferner wurde noch ein Passus geschaffen, unter welchen Bedingungen und zu welchem Lohnsatz die arbeitslosen Kollegen verpflichtet sind, in Arbeit zu treten bei Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung. Verheiratete Kollegen sollen möglichst im Umkreis von 10 Meilen untergebracht werden, ohne daß sie ihres Anrechts verlustig gehen. Dann wurden noch Mitteilungen vom Gewerkschaftskartell gemacht, und die entsprechenden Kollegen zum Arbeitsnachweis gewählt.

(Eingeg. 18. 6.) K. K.

## Naumburg.

Da das für Naumburg bestimmte **Parteifest** am **24. August** stattfindet, werden die geehrten Gesang- und Turnvereine, welche die Absicht haben, sich an dem Fest zu beteiligen, resp. mitwirken wollen, gebeten, ihre Adressen an den Unterzeichneten zur gegenseitigen Verständigung abzugeben.

Max Rauchbach, Schulstraße 7.

## Briefkasten der Redaktion.

**G.** Ist zur Aufnahme nicht geeignet. Wir werden jedoch von dem Ergebnis der Verhandlung, wenn es zu einer solchen kommt, Notiz nehmen.

### Quittung aus Naumburg.

Für Parteizwecke von L. Trepp-Borau 2 Mk.

Die Sammelliste Nr. 953 ist verloren gegangen. Gezeichnet waren darauf 7.40 Mk. Die Genossen werden ersucht, nicht mehr darauf zu zeichnen, falls sie ihnen von unbekannter Hand vorgelegt wird. Im übrigen wird der Finder ersucht, sie bei mir abzugeben. Rauchbach.

### Standesamtliche Nachrichten.

**Halle** (Nord, Burgstraße 38), 17. Juni.

**Aufgeboten:** Fabrikarbeiter Schulze und Lina Pfeifer (Trotzaerstraße 37 und Bahnhofstraße 1). Maschinenschlosser Ackermann und Marie Wille (Gabelsbergerstraße 3 und Wittekindstraße 16). Buchdrucker Mangelsdorf und Luise Berger (Breitestraße 14 und Schwoitsch). Schmied Bollmann und Auguste Denkewitz (Streiberstraße 34 und Albrechtstraße 11).

**Geboren:** Dem Friseur Seelig T. (Große Wallstraße 12). Maschinenschlosser Schwencke S. (Hohestraße 18). Gartenbauingenieur Kriltgen T. (Ludwig-Wuchererstraße 12). Maurer Hoffmann S. (Ernestusstraße 22).

**Gestorben:** Amtsgerichtsrat z. D. Roth, 68 J. (Paradeplatz 5). Invalid. Maschinist Teichmann, 60 J. Fleischerstraße 40). Gendarmerie-Wachtmeister a. D. Hartmann, 74 J. (Ludwig Wuchererstraße 72). Handarbeiters Potempa T., totgeboren (Ackerstraße 1). Gutsbesitzer Zäper, 40 J. (Diakonissenhaus).

**Halle** (Süd, Steinweg 2), den 17. Juni.

**Aufgeboten:** Feldwebel Friedel und Margarete Schneider (Erfurt und Thomasiusstraße 7). Maler Hegenscheidt und Anna Kaufmann (Kutschgasse 3). Kaufmann Hühn und Marie Bornemann (Halle a. S. und Delitzsch).

**Eheschließung:** Drechslermstr. Krause und Minna Haase (Mühlberg 12 und Schillerstraße 4).

**Geboren:** Dem Kesselschmied Huske S. (Saalberg 11a). Tischler Schmidt S. (Krausenstraße 17). Maschinenfabrikarbeiter Le Clerc S. (Große Klausstraße 20). Klempner Klette S. (Jakobstraße 41). Handelsmann Bestel S. (Alter Markt 16). Pferdewärter Körber S. (Töpferplan 3).

**Gestorben:** Bureauvorsteher Hotze, 62 J. (Lindenstraße 79). Pferdeknecht Förster, 17 J. (Bergmannstrost). Praktischer Arzt Dr. med. Cohn, 45 J. (Magdeburgerstraße 3). Witwe Lohe, 51 J. (Dryanderstraße 25).

Verantwortlicher Redakteur: A. Weißmann in Halle.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020620-11/fragment/page=0006